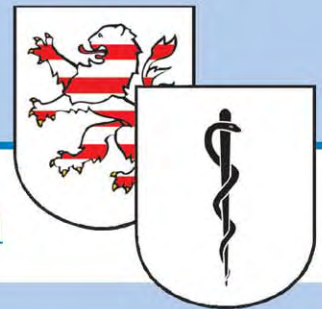


# TÄTIGKEITSBERICHT 2002

## der Landesärztekammer Hessen

Körperschaft des öffentlichen Rechts



## Bilanz und Perspektiven



Vorwort des  
Präsidenten

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch diesmal soll Ihnen der Tätigkeitsbericht für das vergangene Jahr einen Eindruck davon vermitteln, was die Landesärztekammer Hessen für Sie tut und was mit Ihren Beiträgen geschieht. Wiederum kann der Bericht nur einen Überblick geben; die zahllosen zeitraubenden Kleinigkeiten müssen Sie sich hinzudenken.

Wir haben weiter daran gearbeitet, die Landesärztekammer zu einem „kundenfreundlichen“ Dienstleister zu machen, neben den unvermeidlichen Aufgaben als Aufsichtsorgan im staatlichen Auftrag. Die Reaktion unserer Mitglieder zeigt immer wieder, daß wir dabei Fortschritte erzielen. Natürlich ist nichts und niemand perfekt; sollten bei dem einen oder anderen Vorgang Schwierigkeiten, z.B. in der zeitlichen Abwicklung, auftreten, die Sie selbst nicht mit den zuständigen Mitarbeitern lösen können, wenden Sie sich bitte an mich. Bitte unterstützen Sie aber auch unsere Arbeit, indem Sie z.B. Anträge rechtzeitig stellen und alle erforderlichen Unterlagen beifügen bzw. auf Anforderung nachreichen. Dies gilt insbesondere auch für die jährliche Beitragsveranlagung: Ein viel zu großer Teil unserer Mitglieder hält es nach wie vor nicht für nötig, der Aufforderung zur Selbsteinstufung nachzukommen, regt sich dann im Verlauf des Mahnverfahrens aber darüber auf, wenn plötzlich ein Beitragsbescheid über den Höchstbeitrag ins Haus flattert. Also bitte: Arbeiten Sie mit uns und nicht gegen uns!

*Alfred Möhrle*

Dr. med. Alfred Möhrle

### Das Jahr 2002

|                         |         |
|-------------------------|---------|
| Vorwort des Präsidenten | Seite 1 |
| Aufgaben der Kammer     | Seite 2 |
| Das Präsidium           | Seite 2 |
| Impressum               | Seite 2 |

### Hauptgeschäftsführung

|                                                              |          |
|--------------------------------------------------------------|----------|
| Hauptgeschäftsführung                                        | Seite 3  |
| Akademie für ärztliche Fortbildung und Weiterbildung         | Seite 4  |
| ArzthelferInnen                                              | Seite 5  |
| Abteilung „Ärztliche Weiterbildung“                          | Seite 6  |
| Carl-Oelemann-Schule                                         | Seite 7  |
| Bezirksärztekammern                                          | Seite 9  |
| Hessisches Ärzteblatt                                        | Seite 13 |
| Presseabteilung                                              | Seite 13 |
| Meldewesen/SAVD                                              | Seite 15 |
| Qualitäts- und Versorgungsmanagement und Krankenhausausschuß | Seite 15 |

### Rechtsabteilung

|                                   |          |
|-----------------------------------|----------|
| Rechtsabteilung                   | Seite 16 |
| Berufsgerichtsabteilung           | Seite 17 |
| Ethik-Kommission                  | Seite 18 |
| Gutachter- und Schlichtungsstelle | Seite 19 |

### Kaufmännische Geschäftsführung

|                                |          |
|--------------------------------|----------|
| Kaufmännische Geschäftsführung | Seite 19 |
|--------------------------------|----------|

### Fachausschüsse

|                               |          |
|-------------------------------|----------|
| Finanzausschuß                | Seite 19 |
| Gebührenordnungsausschuß      | Seite 20 |
| Arbeitskreis Palliativmedizin | Seite 20 |
| Referat für Ärztinnen         | Seite 21 |
| Ausschuß Rettungsdienst       | Seite 21 |
| Ausschuß „Umwelt und Medizin“ | Seite 22 |

|                            |          |
|----------------------------|----------|
| EDV-Abteilung              | Seite 22 |
| Krebsregister              | Seite 22 |
| Menschenrechtsbeauftragter | Seite 23 |
| Versorgungswerk            | Seite 24 |

### Adresse der Landesärztekammer

Landesärztekammer Hessen  
Körperschaft des öffentlichen Rechts  
Im Vogelsang 3, 60488 Frankfurt am Main  
Postfach: 900669, 60446 Frankfurt am Main,  
Tel.: 0 69-97 67 2-0 Fax: 0 69-97 67 2-128

E-Mail: [laek.hessen@laekb.de](mailto:laek.hessen@laekb.de)  
Internet: [www.laekb.de](http://www.laekb.de)



Gebäude der Landesärztekammer  
in Frankfurt



Neues Seminargebäude der  
Akademie für ärztliche Fortbildung  
und Weiterbildung in Bad Nauheim

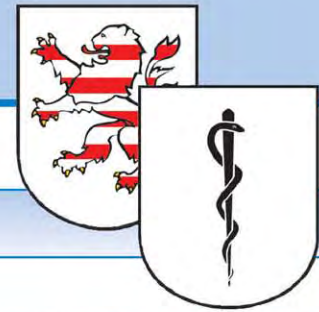


Gebäude der Carl-Oelemann-Schule  
in Bad Nauheim



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



## Aufgaben der Kammer

Die Landesärztekammer Hessen (LÄKH) vertritt derzeit (Stand 31.3.2003) mehr als 28.270 Mitglieder, davon 11.173 Ärztinnen und 17.097 Ärzte in Hessen. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts nimmt sie in Selbstverwaltung die beruflichen Belange ihrer Mitglieder gegenüber Staat und Gesellschaft wahr, und zwar auf allen Gebieten ärztlicher Berufsausübung – sei es im Krankenhaus, in freier Praxis oder in anderen Tätigkeitsbereichen. Die hoheitlich delegierten Aufgaben der Landesärztekammer – etwa in der Berufsaufsicht, in der Weiterbildung und Fortbildung der hessischen Ärztinnen und Ärzte und bei den Facharztprüfungen – sind im Hessischen Heilberufsgesetz geregelt.

Eine starke ärztliche Selbstverwaltung setzt sich aktiv für die Interessen ihrer Mitglieder

und aller Bürgerinnen und Bürger ein. Und sie ist Ausdruck gelebter Demokratie. Nicht der Staat, sondern die Ärzteschaft selbst, übernimmt ihre eigene Verwaltung, bietet Beratung, Information und Hilfe. Die Kammern betrachten sich als Dienstleistungsunternehmen, aber sie sind keine Lobbyisten-Verbände. Zu ihrer Aufsichtsfunktion gehört, daß sie zum Wohl der Patienten die Ausübung der ärztlichen Berufspflichten überwachen. Durch die Förderung der beruflichen Weiterbildung ihrer Mitglieder sichern sie die Qualität im Gesundheitswesen.

Fortbildung findet regional bei den Bezirksärztekammern und im Rahmen der Akademie für ärztliche Fortbildung und Weiterbildung der Landesärztekammer Hessen in Bad Nauheim statt. Die Akademie bietet Fortbil-

dungsveranstaltungen in allen medizinischen Fachgebieten an. Auf dem Areal des Fortbildungszentrums befindet sich auch die Carl-Oelemann-Schule. Ihr Angebot umfaßt die geregelte Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen medizinischer Assistenzberufe.

Gemäß dem Berufsbildungsgesetz nimmt die Landesärztekammer Hessen die Zwischen- und Abschlußprüfungen von Arzthelferinnen und Arzthelfern ab.

Zum 31.03.2003 waren 176 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 57 in Teilzeit sowie 4 Aushilfen in der Landesärztekammer – ausschließlich Versorgungswerk – beschäftigt.

## Die Präsidiumsmitglieder der Landesärztekammer

Das Präsidium der Landesärztekammer bereitet die Sitzungen der Delegierten vor und führt die von ihr gefaßten Beschlüsse aus. Dr. med. Alfred Möhrle wurde im Jahr 2000 erneut zum Präsidenten der LÄKH gewählt; Vizepräsident ist PD Dr. med. Roland Wönne.



Präsident  
Dr. med.  
Alfred Möhrle



Vizepräsident  
PD Dr. med.  
Roland Wönne

### IMPRESSUM

**Verantwortlich:**  
Dr. med. Michael Popović  
Hauptgeschäftsführer der LÄKH

**Presseabteilung/Redaktion:**  
Katja Möhrle, M.A.  
Pressereferentin der LÄKH  
Tel. 069-97672-188  
e-mail: [katja.moehrle@laekh.de](mailto:katja.moehrle@laekh.de)

**Internet:**  
Carmen El Abasiri,  
Webmaster der LÄKH  
Mitarbeiterin der Online-Redaktion  
e-mail: [carmen.el-abasiri@laekh.de](mailto:carmen.el-abasiri@laekh.de)

**Satz, Layout und Grafik:**  
Andreas Kurz, Kirchheim Verlag

**Druck:**  
Konradin Druck GmbH

© Photos Landesärztekammer Hessen



PD Dr. med.  
Michael Berliner



Dr. med.  
Margita Bert



Dr. med.  
Siegmund Drexler



Dr. med.  
Elmar Lindhorst



Dr. med.  
Gottfried von Knoblauch  
zu Hatzbach



Martin Leimbeck



Dr. med.  
Horst Löckermann



Dr. med.  
Siegmund Kalinski

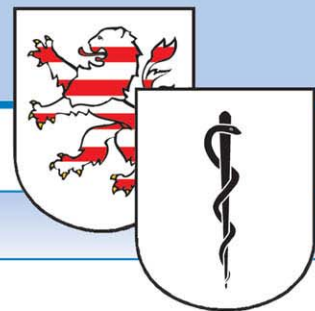


Dr. med. Dipl.-Chem.  
Paul Otto Nowak



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



## Die Hauptgeschäftsführung



Dr. med.  
Michael Popović,  
Hauptgeschäftsführer

Den Schwerpunkt der Aktivitäten im vergangenen Jahr stellte die Endphase der Planung und Fertigstellung des Seminargebäudes, dem neuen Kernstück des Fortbildungszentrums in Bad Nauheim - der Schnittstelle zwischen Akademie und Carl-Oelemann-Schule - dar. Hinsichtlich seiner Funktionalität und Ausstattung besitzt das Zentrum (Manager: Konrad Zündorf) bundesweiten Modellcharakter. In einer Vielzahl von Sitzungen des kleinen und großen Bauausschusses sowie des Präsidiums wurden die letzten planerischen Maßnahmen festgelegt. Die feierliche Eröffnung zur Fertigstellung, die auch im Zusammenhang mit dem 30jährigen Jubiläum der Akademie und dem 25jährigen Jubiläum der Carl-Oelemann-Schule zu sehen ist, fand große Resonanz im In- und Ausland, bei der Ärzteschaft, den Heilberufen und bei den ArzthelferInnen. In einem Grußwort für die Landesregierung hob der Hessische Innenminister Volker Bouffier die Bedeutung qualitätsgesicherter, freiwilliger Fortbildung hervor, Dr. Herbert Hirschler, Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium, stellte die Leistungen für die Überbetriebliche Ausbildung am Gesundheitsstandort Hessen heraus, und der im Hessischen Sozialministerium zuständige Abteilungsleiter, Herr Jörg Osmers, nahm an den Podiumsdiskussionen teil. – Ausdruck des Einvernehmens und der guten Zusammenarbeit von Landesärztekammer, ihrer Akademie und Carl-Oelemann-Schule mit der Landesregierung.

Als Ergebnis eines aufwendigen Begutachtungsverfahrens des Bundesministeriums für berufliche Bildung wurde die Ausstattung der Unterrichtsräume der Carl-Oelemann-Schule im neuen Seminargebäude mit 632.000 € gefördert. Die Inbetriebnahme des neuen Seminargebäudes hat bereits in den folgenden Monaten eine höhere Auslastung erfahren als wir erwartet hatten. Schon jetzt ist damit seine hohe Akzeptanz bewiesen.

### Leistungsverdichtung

Ein weiteres Thema, mit dem sich die Hauptgeschäftsführung im vergangenen Jahr auseinandersetzte, waren Arbeitszeitbelastung, nichtleistungsgerechte Vergütung von im Krankenhaus tätigen Ärzten sowie deren massive Überbelastung mit Verwaltungsarbeiten. Die Problematik war nicht nur Gegenstand einer Pressekonferenz am 14. Januar 2002, die wir gemeinsam mit dem Marburger Bund und der Krankenhausgesellschaft veranstaltet haben; darüber hinaus beschäftigte das Thema die Kammer während des gesamten Jahres 2002, was auch in der gemeinsamen Fachtagung „Arbeitszeitgestal-

tung im Krankenhaus“ am 05.12.2002 in Bad Nauheim seinen Niederschlag fand.

Nähere Einzelheiten dieser viel beachteten Veranstaltung, insbesondere aber auch die Veröffentlichung der Ergebnisse einer Studie unter Krankenhausärztinnen und -ärzten in Hessen, wurden von Dr. med. Roland Kaiser bearbeitet. Auch bei vielen anderen Gelegenheiten wies die Kammer auf die oben genannten Problemfelder hin, so auf dem Deutschen Ärztetag in Rostock. Nach längeren Vorberatungen im Ausschuß Rettungsdienst der Landesärztekammer und im Präsidium wurde beschlossen, das Fortbildungscurriculum „Ärztlicher Leiter Rettungsdienst“ und das entsprechende Kammerzertifikat in Hessen einzuführen, mit dem Ziel, das Qualitätsmanagement im organisierten Rettungsdienst mit ärztlicher Indikationsverantwortung zu steuern.

### Katastrophenschutz

Nachdem der Hauptgeschäftsführer der Kammer am 19. Sept. 2001 vom Staatssekretär des Hessischen Innenministeriums beauftragt worden war, gemeinsam mit den Hilfsorganisationen und dem Landesfeuerwehrverband gutachterlich zu Fragen der katastrophenmedizinischen Versorgung Stellung zu nehmen, und dieses Gutachten die Zustimmung des Landesbeirat für Katastrophenschutz gefunden hatte, wurde eine von der Kammer initiierte interministerielle Arbeitsgruppe mit Unterarbeitsgruppen eingerichtet. Diese bestand aus Vertretern des Innenministeriums, des Sozialministeriums, der Landesärztekammer Hessen, der Apothekerkammer Hessen, der Tierärztekammer, den Hilfsorganisationen und dem Landesfeuerwehrverband. Unterarbeitsgruppen wurden, gegliedert nach katastrophenmedizinischen Fachthemen, gebildet und mit kompetenten Katastrophenmedizinern besetzt. Noch im Dezember 2002 wurde dieses katastrophenmedizinische Konzept im Konsens fertiggestellt; im Januar 2003 konnte es einstimmig im Landesbeirat für den Katastrophenschutz verabschiedet werden. Das Konzept wird nun das Katastrophenschutzkonzept des Landes Hessen als Kapitel Katastrophenmedizin ergänzen.

Im Zuge der Beratungen der Unterarbeitsgruppen Katastrophenmedizin, befaßte sich eine Arbeitsgruppe im Hessischen Sozialministerium am 13. März mit Fragen der potentiellen Gefährdung durch bioterroristische Angriffe und hochkontagiöse Erkrankungen. Der Vertreter der Kammer wies darauf hin, daß die vorhandenen und geplanten organisatorischen und materiellen Voraussetzungen für die Bewältigung der Folgen eines derartigen Szenarios nicht ausreichen würden. Die Verbesserung bzw. Einrichtung notwendiger Ressourcen (Alarmteams und Alarmstationen) müßte geplant werden, da über das Kompetenzzentrum an der Frankfurter Uniklinik hinausgehend weitere Ressourcen in der Versorgungskette notwendig seien.

### Fortbildung

Mit diesen Maßnahmen der humanitären Daseinsvorsorgeplanung nimmt das Bundesland Hessen eine bundesweite Vorreiterrolle ein.

Als Ergebnis der Beratung in der Gesund-

heitsministerkonferenz waren besonders zwei Themen aus hessischer Sicht von großer Bedeutung:

1. Die Frage der Rezertifizierung im Rahmen der ärztlichen Fortbildung und
2. die von einigen Bundesländern und vom BMG intendierte gesetzliche Verankerung in den Länderheilerberufsgesetzen/ die Durchführung von Gleichwertigkeitsprüfungen bei ärztlichen Migranten, die aus Nicht-EU-Staaten in die Bundesrepublik einwandern.

Wegen der besonderen Fortbildungsaktivitäten, vor allem im Fortbildungszentrum der Landesärztekammer, konnten die hessischen Vertreter in der Gesundheitsministerkonferenz darauf hinwirken, daß die ärztliche Fortbildung unverändert in der Zuständigkeit in der Landesärztekammer verbleiben soll und das Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtung zur Fortbildung einen höheren qualitativen Nutzen für den Patienten bringen kann als gesetzlich verordnete Zwangsmaßnahmen.

### Gleichwertigkeitsprüfungen

Nach 10jährigem Bemühen der Kammer und des Hessischen Sozialministeriums, eine Regelung in die Bundesärzteordnung einzuführen, wonach Gleichwertigkeitsprüfungen zur Feststellung der Gleichwertigkeit durchlaufener Ausbildung von Medizinern aus Nicht-EU-Ländern eingeführt werden sollten, konnte mit Verabschiedung des Podologengesetzes/einem Artikelgesetz die notwendige Rechtsgrundlage hierfür geschaffen werden.

In enger Abstimmung mit dem Hessischen Sozialministerium und der Landesärztekammer Hessen wurde das Landesprüfungsamt für die Heilberufe mit der Aktenprüfung und die Landesärztekammer mit der Durchführung der mündlichen Prüfungen beauftragt. Mit diesem Verfahren soll gewährleistet werden, daß ärztliche Approbationen nur dann an Nicht-EU-Bürger erteilt werden, wenn Zweifel an der Ausbildungsqualität ausgeräumt sind.

In mehreren Sitzungen befaßte sich der Arbeitskreis Palliativmedizin mit der notwendigen Verbesserung der palliativmedizinischen Versorgung in Hessen. In dieser Arbeitsgruppe referierten kompetente Vertreter aus anderen Bundesländern über die dort gemachten Erfahrungen. Das Hessische Ärzteblatt berichtete entsprechend darüber; außerdem wurde das Hessische Sozialministerium aufgefordert, auch in Hessen verstärkt Modellprojekte auf den Weg zu bringen.

### Prävention

Unverändert legt die Landesärztekammer Hessen besonderen Wert auf präventive bzw. gesundheitsfördernde Aktivitäten. So ist in den Vorstandssitzungen der HAGE wiederholt auf die notwendige Verbesserung des Impfschutzes und Maßnahmen zur psychophysischen Mobilisation von Kindern hingewiesen worden. Vertreter der Kammern nahmen an Sitzungen der Arbeitsgruppe Prävention der Landesärztekammer teil. Im Rahmen der bundesweit veranstalteten



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002

Präventionstage organisierte die Landesärztekammer einen Präventionstag im Frankfurter Hauptbahnhof. Darüber hinaus werden Themen der Prävention durch die Zusammenarbeit mit den Medien und die Einstellung von Informationen auf der Homepage der Kammer publik gemacht. Gemeinsame Aktivitäten zur Prävention fanden erneut anlässlich des Symposiums der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung im Mai 2002 in Gießen ihren Niederschlag. In einem Grußwort wurde auf die enge Zusammenarbeit mit der Kammer seit Gründung dieser Stiftung hingewiesen.

Die rückläufigen Zahlen von Organspenden waren im Berichtszeitraum für die Hessische Landesregierung Anlaß, zu verstärkten Aktivitäten zur Förderung der Organspende aufzufordern und für diese einzutreten. Über eine Pressekonferenz des Hessischen Sozialministeriums hinaus wurde eine Hessische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Organspende auf den Weg gebracht, in der die Landesärztekammer Hessen mitwirkt.

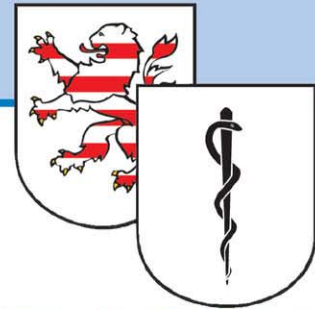
Nach längerer Zeit der vorbereitenden Maßnahmen wurden nunmehr die Vorbereitungen in der Vertrauensstelle Krebsregister insoweit getroffen, als daß Informationsmaterial versandt, Meldebögen verteilt und die notwendige Programmierung für die Datenverarbeitung weitgehend abgeschlossen werden konnte.

Ein innenpolitisch und berufsrechtlich brisantes Thema stellte im vergangenen Jahr die Ab-

schiebung von Nicht-Asylberechtigten insoweit dar, als in einem bestätigenden Beschluß des Präsidiums festgelegt wurde, wie Ärzte bei der Begutachtung von abzuschließenden Nicht-Asylberechtigten gutachterlich vorzugehen haben. Der Beschluß des Präsidiums hierzu fand bundesweite Beachtung und wurde 2003 Thema der Innenministerkonferenz.

## Ingrid-zu-Solms-Wissenschaftspreis

Auch im Jahr 2002 schrieb die Landesärztekammer Hessen wieder den Ingrid zu Solms-Preis für eine richtungsweisende, wissenschaftliche Originalarbeit (Habilitationsschrift bzw. Publikation/en nach internationalen peer review Kriterien) einer jungen Medizinerin aus, die auf dem Gebiet der Grundlagenforschung, der klinischen Medizin oder der ärztlichen Psychotherapie arbeitet. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis wird alle zwei Jahre an eine herausragende Nachwuchswissenschaftlerin in der Medizin (bis 40 Jahre) verliehen. Mit dem Ziel, herausragende, junge Ärztinnen ideell und finanziell zu unterstützen, wurde die Kammer im Oktober 2000 Kooperationspartnerin der „Ingrid zu Solms-Stiftung“, die 1994 von der Ärztin Dr. med. Ingrid zu Solms-Wildenfels ins Leben gerufen wurde. Stiftungszweck ist die Förderung wissenschaftlich begabter Ärztinnen. Alle zwei Jahre wird mit dem Ingrid zu Solms - Wis-



senschaftspreis der Stiftung die wissenschaftliche Arbeit einer jungen Ärztin aus der medizinischen Grundlagenforschung, der klinischen Medizin oder der medizinischen Psychotherapie ausgezeichnet.

## Krankenhausgesetzgebung

Die Vertreter der Landesärztekammer Hessen im Landeskrankenhausausschuß haben, insbesondere im Zuge der Beratungen der Novellierung des Hessischen Krankenhausgesetzes, schriftlich und mündlich zu diesem Novellierungsvorhaben inhaltlich Stellung genommen und die Einbeziehung ärztlichen Sachverständigen in die regionalen Krankenhauskonferenzen gefordert. Auf die absehbaren prekären Folgen der gesundheitsökonomischen Zwänge auf die stationäre Versorgung in ländlichen Regionen wurde ausdrücklich hingewiesen, ebenso auf die besondere Bedeutung der Bereitstellung von weiterbildungsgeeigneten Arbeitsplätzen in Krankenhäusern, die erheblichen Umstrukturierungsprozessen unterworfen sein werden.

Dr. med. Michael Popović,  
Hauptgeschäftsführer

## Akademie für ärztliche Fortbildung und Weiterbildung



Für den Jahresrückblick liegen einige Schwerpunkte aus der Akademiearbeit vor. Im Vordergrund steht der sehr hohe Arbeitseinsatz, der von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch den laufenden Betrieb auf der einen Seite, aber auch durch die Vorbereitungen zur Eröffnung des neuen Seminargebäudes, am 31.08. gefordert wurde. Dazu kam in den letzten Wochen davor die Mitgestaltung der Festschrift anlässlich des 30jährigen Bestehens der Akademie und des 25jährigen Bestehens der Carl-Oelemann-Schule, gemeinsam mit der Pressereferentin der Landesärztekammer.

Im Mittelpunkt der Akademiearbeit stehen die vielfältigen Fortbildungsseminare, insbesondere der Sektionen für die Fachgebiete, die curriculäre Fort- und Weiterbildung, sowie Kurse und Seminare zu Fragen des Qualitäts- und Versorgungsmanagements und der Gesundheitspolitik. Ein weiterer umfangreicher Aufgabenschwerpunkt ist die Zertifizierung der Fortbildungsveranstaltungen in Hessen. An einer bundesweiten Arbeitsgruppe des Deutschen Senats für ärztliche Fortbildung zur Vereinheitlichung der Zertifizierungsmodelle der einzelnen Landesärztekammern waren wir maßgeblich beteiligt; sie bereite für den Deutschen Ärztetag 2003 eine Beschlusvorlage vor.

Die Delegiertenversammlung hat die Blaue Akademieplakette, die mit der Gründung der Akademie für ihre Mitglieder geschaffen worden war, wieder eingeführt, aber in ihrer Gültigkeit auf drei Jahre beschränkt, entsprechend der Gültigkeit des Fortbildungszertifikats. Bisher (Stand Mai 2003) haben rund 1.000 hessische Kolleginnen und Kollegen das Fortbildungszertifikat erhalten.

In die Diskussion „geriet“ die eingeführte Plakette besonders durch einen Spiegel-Artikel, der vor dem Ärztetag 2002 veröffentlicht wurde. Die mißbilligenden Äußerungen von verschiedenen Seiten sind inzwischen völlig verstummt.

Als Erfolg kann gewertet werden, daß nicht nur die Hess. Architektenkammer, sondern auch die berufständigen Kammern der Rechtsanwälte und Notare und der Zahnärzte diese Art der Außerdarstellung übernehmen werden. In Vorträgen wurde der Vorsitzende gebeten, über die Art und Weise der Einführung, anfallende Arbeiten und Akzeptanz vorzutragen. Die genannten Kammern wollen 2003 mit ähnlichen Zertifizierungen beginnen.

Wie richtig der Entschluß zur Einführung der Plakette gewesen ist, zeigt die Delfi-Studie, die im Auftrage von Janssen-Cilag in diesem Jahr durchgeführt wurde. Sie ergab, daß eine Einführung von Gütesiegeln für Ärzte, die auf der Basis einer externen Expertenprüfung für jeweils ein Jahr vergeben werden, von 47 % der

Befragten als sehr gut und von 34 % als eher gut bewertet wurde. Nur 19 % der Befragten sprachen sich gegen diesen Vorschlag aus. Wichtig vor allem ist die befürwortende Haltung zur Nutzung eines derartigen Gütesiegels auch zu Werbezwecken. Deshalb ist die Entscheidung unseres Justitiars, sie auf dem Praxischild führen zu dürfen, bestätigt worden.

Neu ist das ausdrückliche Bemühen der Akademie, ihr Fortbildungsangebot zu systematisieren. Besonders zu erwähnen ist die „Strukturierte fachspezifische Fortbildung Innere Medizin“, die wir mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Akademie, Herrn Prof. Hanns-Gotthard Lasch, ins Leben gerufen haben. Einmal im Monat wird in einem Mittwochnachmittag-Seminar ein Teilgebiet der Inneren Medizin abgehandelt, so daß bis Mitte 2004 jedes Teilgebiet zweimal an der Reihe ist. Die Referenten kommen aus der niedergelassenen Praxis, dem Krankenhaus, der Universitätsklinik. Die Seminarreihe wird sehr gut angenommen, da sie offenbar das Bedürfnis nach systematischer Fortbildung befriedigt. Regelmäßig kommen bis zu 100 Teilnehmer, die mit großem Interesse mitarbeiten und auf hohem Niveau diskutieren. Das TED-System zur Evaluierung des Gelernten wird gern angenommen.

Ähnlich wird im Februar 2003 eine Veranstaltungsreihe für das Fachgebiet Frauenheilkunde und Geburtshilfe eingeführt, diese auf der Basis



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002

eines LOG-Buchs, das jedem Kollegen in Weiterbildung ausgehändigt wird. Es soll den einzelnen selbst die Kontrolle und Übersicht darüber geben, welche unterschiedlichen Aufgaben sie in ihrer Weiterbildung zu erfüllen haben, um bei der Facharztprüfung über ein ausreichendes theoretisches Fachwissen zu verfügen.

Auch für die Kinder- und Jugendmedizin, die Orthopädie und Unfallchirurgie und die Allgemeinmedizin sind ähnliche Fortbildungsreihen geplant.

Im November 2001 wurde mit Einverständnis der Delegierten für ein Jahr das Pilotprojekt mit der Medical Tribune gestartet. Regelmäßig erscheinen in der Zeitschrift Fortbildungsartikel aus der Akademie mit Fragen zum Lernerfolg, die von uns mit Zertifizierungspunkten versehen sind. Das Projekt ist als Erfolg zu werten. Die ersten halbjährlichen Auswertungen zeigen, daß, ähnlich wie bei unserem Kammerblatt, die Rückläufe als zufriedenstellend zu bezeichnen sind. Auffallend bei der Auswertung der Fragen war, daß die Zahl der richtig ausgefüllten Fragebogen umso geringer ausfiel, je fachspezifischer die Artikel abgefaßt waren.

Interessant wird auch die Verteilung auf die verschiedenen Landesärztekammern sein. Entsprechend des Verbreitungsgebietes werden hier vorwiegend Ärzte für Allgemeinmedizin und weniger Kolleginnen und Kollegen aus Facharztgruppen angesprochen. Auffällig ist auch die Altersverteilung. Wegen dieser Anerkennung hat das Präsidium die Erlaubnis gegeben, diese Reihe fortzusetzen. Als Autoren werden jedoch nicht, wie ursprünglich angedacht, allein die Allgemeinärzte angesprochen, sondern alle Sektionen gebeten, mit zu arbeiten.

Erfolgreich hat sich ebenfalls die Online-Zertifizierung mit der ETH Zürich gestaltet. Die Fortbildung Diabetes I hat jetzt auch die Schweizer Zertifizierung der FMH erhalten. Damit veröffentlicht die LÄKH die erste international zertifizierte Fortbildung für Kollegen im Internet, wenn Sie Lust haben, klicken Sie sich ein: (<http://pnn.ethz.ch>)

## Statistik der Akademie

Anhand der Grafiken ist abzulesen, daß die Zahl der Veranstaltungen im Vergleich zu 2001 erfreulicherweise zugenommen hat. Die

Besucherzahl der einzelnen Veranstaltungen hat dagegen abgenommen. Als Gründe sehen wir einerseits das große Fortbildungsangebot in Hessen und andererseits die gegenwärtige politische Situation in den einzelnen Praxen an. Budgetierung und Reglementierungen der Kollegen nehmen verständlicherweise viel Zeit in Anspruch. So fiel wohl der eine oder andere Besuch in Bad Nauheim „ins Wasser“.

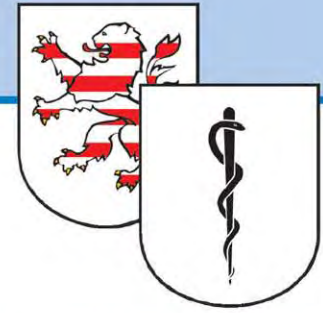
Die Veranstaltungstage zeigen die gute bisherige räumliche Auslastung der Akademie und die Notwendigkeit zusätzlicher Räume für weitere Angebote von Fortbildungen. Dies konnte durch die Einweihung des neuen Seminargebäudes für uns positiv gelöst werden.

## Aufgaben der Zukunft

Zunächst sind die Strahlenkurse nach den neuen Richtlinien umzusetzen. Dabei sollen Veranstaltungen von Ärzten und deren Helferinnen in der Praxis gemeinsam mit der Carl-Oe-lemann-Schule erfolgen. Überhaupt werden mit



der C-O-S Programme entwickelt, um Arzt und Personal in eine gleiche Qualität zu führen. Auf diese Art und Weise kann die Notwendigkeit der Überbetrieblichen Ausbildung noch mehr betont und in Bezug auf die Qualität in der Versorgung der uns anvertrauten Patienten und Patientinnen stabilisiert und verbessert werden. Für das kommende Jahr ist eine weitere Erneuerung vorgesehen. So wurde mit einer Tochtergesellschaft des ZDF ein Kooperationsvertrag geschlossen, auf dessen Grundlage künftig Veranstaltungen per Video aufgezeichnet werden. Sie werden mediengerecht aufgearbeitet und dann als CD an diejenigen Teilnehmer abgegeben, die das Gelernte zu Hause wiederholen wollen oder aus zeitlichen Gründen (z. B. Not- und Bereitschaftsdienst) nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnten. Die Referenten der Veranstaltungen, die auf Video aufgezeichnet werden, behalten das Copyright



und werden an der Honorierung beteiligt. Der Erwerb dieser CDs, die ebenfalls zertifiziert werden, ersetzen jedoch auf die Dauer nicht den persönlichen Besuch von Fortbildungsver-

| Veranstaltungen der Akademie |       |       |
|------------------------------|-------|-------|
| Jahr                         | 2001  | 2002  |
| Anzahl der Veranstaltungen   | 168   | 222   |
| Veranstaltungstage           | 314   | 339   |
| Teilnehmer insgesamt         | 16564 | 13165 |

anstaltungen. Sie werden entsprechend der gemeinsamen Richtlinien der Bewertung der zertifizierten ärztlichen Fortbildungen nur mit bis zu 10 Punkten pro Jahr für das Fortbildungszertifikat anerkannt.

Die Aufgaben der Akademie wurden auch durch die in diesem Jahr (Lancet 2002, 359:520) veröffentlichten Medical Professionalism in the New Millennium a Physician Charter bestätigt. Bei den drei grundlegenden Prinzipien stehen bei den ärztlichen Verantwortlichkeiten die Verpflichtungen zur fachlichen Kompetenz (Ärzte müssen sich zu einem lebenslangen Lernen verpflichten) und die Verpflichtung zur ständigen Qualitätsverbesserung (die Verpflichtung bezieht sich nicht nur auf den Erhalt der persönlichen Kompetenz, sondern auch auf eine Zusammenarbeit mit Kollegen oder mit anderen Berufsgruppen) im Vordergrund.

Im Hinblick auf die gegenwärtige gesundheitspolitische Situation möchte ich die Delegierten auf der einen Seite, aber auch die in der Klinik tätigen Kolleginnen und Kollegen auffordern, an der Zertifizierung teilzunehmen, um mit gutem Beispiel durch den Erwerb der Plakette nach außen hin Ihre Bereitschaft zur kontinuierlichen Kompetenzerhaltung zu dokumentieren. Alles getreu unserem Motto:

*Wer aufhört besser zu werden, hört auf, gut zu sein.*

Prof. Dr. med. Ernst-Gerhard Loch,  
Vorsitzender der Akademie

## Abteilung ArzthelferInnen-Ausbildungswesen

Vier Mitarbeiterinnen sind in der Abteilung Arzthelfer/innen-Ausbildungswesen der Landesärztekammer Hessen tätig. Gemeinsam mit den Kolleginnen/Kollegen der 5 Bezirksärztekammern sorgen sie dafür, daß die Aufgaben im Arzthelfer/in-Ausbildungswesen erledigt werden.

## Aufgaben

Die Landesärztekammer Hessen ist nach dem Berufsbildungsgesetz die zuständige Stelle für die

Berufsbildung der Arzthelfer/innen. Dabei ist unter Berufsbildung die Berufsausbildung, die berufliche Fortbildung und die berufliche Umschulung zu sehen. Der Bereich „Berufsausbildung“ umfaßt in der Hauptsache die Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Ausbildung und das Prüfungswesen.

Die berufliche Fortbildung wird in Form von Fortbildungsseminaren und der Fortbildung

zur/zum Arztfachhelfer/in von der Carl-Oe-lemann-Schule durchgeführt.

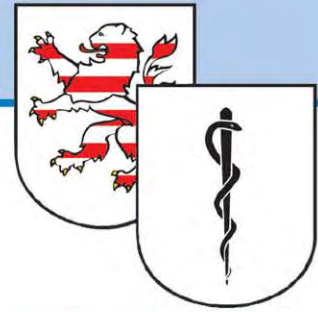
## Zu unserem Service gehört u.a.

- telefonische Beratung über alle Fragen zum Auszubildendenverhältnis, zur Ausbildung und zur Zwischen- und Abschlußprüfung,
- Nennung und ggf. Einschaltung eines Ausbildungsberaters,
- Prüfung des Berufsausbildungsvertrages auf



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



seine Übereinstimmung mit dem Berufsbildungsgesetz und der Arzthelfer-Ausbildungsverordnung,

- Feststellung der Eignung der/der auszubildenden Ärztin/Arztes und der Ausbildungspraxis,
- Veröffentlichungen aller wichtigen Mitteilungen im Hessischen Ärzteblatt und im Internet,
- Jobbörse – Angebot von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen,

Ehrung langjährig tätiger Arzthelfer/innen. In 2002 wurden 100 (117) Ehrungen ausgesprochen und im Hessischen Ärzteblatt veröffentlicht.

## Zuständigkeit für das Prüfungswesen

In eigener Zuständigkeit, aber auch eigener Verantwortung wird die Zwischen- und Abschlussprüfung durchgeführt.

Neben der Kosteneinsparung – es wird keine Fremdfirma für Druck, Versand, etc. mehr hinzugezogen – ist auch ein optimaler zeit-sparender Verwaltungsablauf gewährleistet.

| Arzthelferinnen-Auszubildende<br>Stand 31.12.2002 |            |            |
|---------------------------------------------------|------------|------------|
|                                                   | 2001       | 2002       |
| 1. Ausbildungsjahr                                | 180        | 178        |
| 2. Ausbildungsjahr                                | 170        | 167        |
| 3. Ausbildungsjahr                                | 166        | 187        |
| <b>Insgesamt</b>                                  | <b>516</b> | <b>532</b> |

## Ausbildungszahlen

Zum Stichtag 31. Dezember 2002 (Zahl des Vorjahres in Klammern) sind 1.118 (1.115) neu abgeschlossene Berufsausbildungsverträge registriert. Die Zahl der Neuverträge ist somit noch einmal leicht angestiegen.

Die Gesamtzahl der Auszubildenden beläuft sich zum o. g. Stichtag auf 3.218 (3.240).

Die Zahl der Umschüler/innen, die eine be-

triebliche Umschulung in einer Arztpraxis durchführen, ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. 18 (19) Umschüler/innen haben die Genehmigung ihrer 2jährigen Umschulungsmaßnahme beantragt.

An der Abschlussprüfung im Winter 2002 haben 223 (257) Prüflinge teilgenommen, von denen 26 (24) nicht bestanden haben; 136 (145) Anträge auf vorzeitige Zulassung konnten genehmigt werden. Zur Abschlussprüfung im Sommer 2002 hatten sich 815 (738) Auszubildende angemeldet, davon wollten 36 (22) Auszubildende die Prüfung vorzeitig ablegen. 61 (81) Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden. Die Zwischenprüfung 2002 hatte 1.098 (1.048) Teilnehmer/innen.

Für das Ausbildungsjahr 2002/2003 gingen bisher 23 (35) Anträge auf Verkürzung der Berufsausbildungszeit ein, von denen bis auf 3 alle genehmigt werden konnten.

6 (7) besonders erfolgreiche Absolventinnen der Abschlussprüfung - 5 (3) im Winter und 1 (4) im Sommer – wurden im Rahmen einer Abschlussfeier geehrt und, zusammen mit ihren Ausbildungspraxen, im Hessischen Ärzteblatt veröffentlicht.

Die Ausbildungssituation hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas verändert. Der Anteil der Realschüler 723 (673) hat sich erhöht, der Anteil der Abiturienten 41 (53) dagegen vermindert. Die Anzahl der Ausbildungsabbrüche hat sich erfreulicherweise verringert: 304 (334).

## Werbung für den Arzthelfer/innen-Beruf

Die Landesärztekammer Hessen nahm im Berichtszeitraum an 12 (13) Ausbildungsmessen teil, u.a. an den drei größten Berufsbildungsmessen in Hessen: Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt.

## Werbung für Verbundausbildung

In einer gemeinsamen Initiative mit dem Landesarbeitsamt Hessen wurde die Werbung für

die Verbundausbildung intensiviert. Die Akzeptanz seitens der Arztpraxen ist bisher nicht sehr groß. Für das nächste Ausbildungsjahr 2003/2004 wird daher die „Werbung“ für die Verbundausbildung verstärkt fortgesetzt.

## Pilotprojekt Gießen

Die Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen hat am 13. April 2002 beschlossen, die Aufgaben der Bezirksärztekammern auf zentralisierbare Aufgaben hin zu überprüfen. Infolge dieses Beschlusses hat die Bezirksärztekammer Gießen ab Oktober 2002 das Aufgabengebiet Arzthelfer/in-Ausbildungswesen an die Zentrale nach Frankfurt abgegeben. Die Anfangsphase verlief erfolgreich.

## Novellierung der Arzthelfer-Ausbildungsverordnung

Das bei der Bundesärztekammer angesiedelte Vorhaben befaßte sich während des Jahres mit der Vorbereitung der inhaltlichen Änderungen. Der von der Bundesärztekammer gebildete Projektbeirat, in dem auch die Landesärztekammer Hessen vertreten ist, bereitete eine Kurzbefragung über das deutsche Ärzteblatt und eine repräsentative Ärztebefragung vor. Der Vorstand der Bundesärztekammer konnte nun endlich - nach großem Einsatz der Landesärztekammer Hessen - das Novellierungsverfahren beschließen.

Der aktuelle Sachstand ist über die Bundesärztekammer zu erfahren.

## Novellierung Arztfachhelfer/in

Zu diesem Thema wird unter „Carl-Oelemann-Schule“ berichtet.

Roswitha Hoerschelmann,  
Assessorin für

## Abteilung „Ärztliche Weiterbildung“

Im Jahr 2002 fanden 48 Sitzungen der Gutachterausschüsse im Weiterbildungswesen statt, in denen 1406 Anträge bearbeitet wurden. Die Weiterbildungsabteilung führte im Jahr 2002 insgesamt 878 Prüfungen (neuer Rekord!) in den derzeit zu prüfenden 37 Gebieten, 18 Schwerpunkten, 20 Fakultativen Weiterbildungen und 6 Bereichen durch. Die Durchfallquote lag bei insgesamt 5,5 %.

Die weiter gestiegene Zahl von durchzuführenden Prüfungen konnte nicht mehr nur an den in einem Jahresterminplan festgelegten Prüfungsterminen für sog. „operative“ Gebiete Schwerpunkte, Fakultative Weiterbildungen und Bereiche (1. und 2. Mittwoch jeden Monats) bzw. für die sog. „konservativen“ Gebiete, Schwerpunkte, Fakultative Weiterbildungen und Bereiche (3. und 4. Mittwoch jeden Monats) bewältigt werden. Zusätzlich wurden allein an 12 Freitagen – die letzten am Nachmittag des 20.12.2002 – ebenfalls Prüfungen durchgeführt.

Es wurden im Jahr 2002 214 Zusatzbezeichnungen ausgesprochen, 240 Fachkundenachweise „Rettungsdienst“ ausgestellt, und in 32 Fällen wurden Erst- und in 50 Fällen Zweitausfertigungen der Qualifikation „Leitender Notarzt“ erteilt. 366 Kolleginnen/Kollegen erhielten die Fachkunde im „Strahlenschutz“, 61 Bescheinigungen davon wurden aufgrund § 45 Abs. 2 (Übergangsbestimmungen) und 294 Bescheinigungen gemäß Regelbestimmungen der Röntgenverordnung erteilt. Nach der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) erhielten 11 Kolleginnen/Kollegen eine Fachkunde-Bescheinigung.

Nach Beratung in den jeweiligen Gutachterausschüssen im Weiterbildungswesen (mit insgesamt mehr als 300 Gutachtern), die

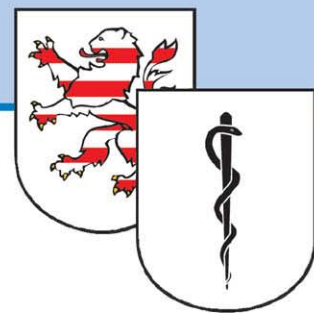
der Geschäftsführung mit ihrem spezifischen Fachwissen und ihrer Erfahrung beratend zur Seite stehen, wurde im Jahr 2002, nach Prüfung der persönlichen und fachlichen Eignung, 366 leitenden Ärztinnen und Ärzten die Ermächtigung zur Weiterbildung von jungen Kolleginnen und Kollegen ausgesprochen.





# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



Zum 1. Mai 2002 wurde die Fachkunde „Suchtmedizinische Grundversorgung“ in die Weiterbildungsordnung neu eingeführt. Aufgrund einer Änderung der Verordnung des Betäubungsmittelgesetzes dürfen seit 1. Juli 2002 ausschließlich Ärztinnen/Ärzte in der Substitutionsbehandlung tätig sein, die eine suchtmedizinische Qualifikation nachweisen können. Im Jahr 2002 erhielten 163 Fachärzte und ‚Praktische Ärzte‘ der LÄKH die erforderliche Fachkunde-Bescheinigung bzw. weitere 36 Mitglieder eine Qualifikationsbescheinigung, die ebenfalls zur Fortsetzung von Substitutionsbehandlungen berechtigt. Die Landesärztekammer meldet seit 30.09.2002 pflichtgemäß - jeweils zum 31. März und zum 30. September eines Jahres - dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte die Kammermitglieder namentlich, die über die er-

forderliche, suchtmedizinische Qualifikation verfügen.

Weiterhin wurde zum 1. Dezember 2002 die Zusatzbezeichnung „Spezielle Schmerztherapie“ in die Weiterbildungsordnung eingeführt. In der Weiterbildungsabteilung konnte trotz des Ausscheidens von 4 Mitarbeiterinnen im Jahr 2002 (2 durch Mutterschaft, 2 aus persönlichen Gründen) durch Umstrukturierungsmaßnahmen sichergestellt werden, daß auch die Routinearbeiten wie Anrechnung von in Hessen, in anderen Bundesländern oder außerhalb Deutschlands abgeleiteten Weiterbildungszeiten, Beantwortung von Anfragen anderer Ärztekammern, Kassenärztlicher Vereinigungen, Fachgesellschaften und Berufsverbänden individuell bearbeitet wurden. In telefonischen und persönlichen Einzelgesprächen mit Ärztin-

nen und Ärzten erfolgte unverändert die Beratung in Weiterbildungsfragen sowie häufig auch anderen beruflichen Fragen. Auch die Sonderbescheide auf Anfragen nach dem „Initiativprogramm zur Förderung der Allgemeinmedizin“ konnten jeweils fristgerecht erstellt werden, damit die entsprechenden Anträge auf Fördermittel bei der Kassenärztlichen Vereinigung bzw. der Deutschen Krankenhausgesellschaft beschieden werden konnten.

Dr. med. Viktor Karnosky,  
Abteilungsleiter

## Carl-Oelemann-Schule

### 1. Einzug in das neue Seminargebäude

Das Jahr 2002 war für die Carl-Oelemann-Schule ein Jahr der Veränderungen. Der Umzug in das neue Seminargebäude verlangte von allen MitarbeiterInnen der COS, besonders aber vom Unterrichtsteam weit überdurchschnittlichen Arbeitseinsatz. So waren neben der Verwaltung 8 Unterrichtsräume umzuziehen sowie die Einrichtungen der Fachräume mit dem Ziel der optimalen Nutzung neu zu organisieren. Durch sorgfältige Planung und Vorbereitung sowie durch besonderen Einsatz aller betroffenen MitarbeiterInnen konnte am 29. Juli 2002 die Arbeit in den neuen Räumen aufgenommen und ab 5. August 2002 ein weitgehend reibungsloser Lehrgangsbeginn sichergestellt werden. Seither kann in den neuen, großzügig angelegten Fachräumen in allen Bildungsbereichen noch praxisorientierter gearbeitet werden. Auch die Teilnehmer nehmen die neuen Räumlichkeiten und Übungsmöglichkeiten gerne und mit durchweg positiver Resonanz an.

Bis Ende September 2002 wurde der überwiegende Teil der neuen Unterrichtsgeräte geliefert, so daß die firmenspezifischen Geräteeinweisungen im 4. Quartal 2002 abgeschlossen werden konnten. Die bisherige Ausstattung der Carl-Oelemann-Schule war in die Jahre gekommen. Ein Modernisierungsvorhaben ermöglichte eine grundlegende Erneuerung und weitgehende Ergänzung der in den praktischen Unterweisungen eingesetzten medizinischen Geräte, der Geräte für Praxisverwaltung, Mobiliar der 3 Theorie- und 8 Übungsräume, Projektions- und Präsentationsmedien, Verwaltung und Cafeteria im Foyer. Auf diese Weise konnten alle Räume der Carl-Oelemann-Schule neu ausgestattet werden. Von insgesamt 971.000 € wurden rund 340.000 € aus Eigenmitteln der Landesärztekammer Hessen finanziert. Der Förderanteil von insgesamt rund 632.000 € entfiel mit rund 340.000 € auf den Bund sowie mit mehr als 290.000 € auf das Land Hessen.

In dieser Übergangs- und Anlaufphase war die

Carl-Oelemann-Schule außerdem zu einem erheblichen Teil in Vorbereitung und Durchführung der sehr erfolgreich verlaufenen Eröffnungsveranstaltung am 31. August 2002 involviert. Sie hat die Durchführungsplanung maßgeblich vorbereitet, bei der Programmentwicklung der Podiumsdiskussion und bei der Fotoausstellung mitgewirkt, die Fortbildung für die Zielgruppe Praxismitarbeiter sowie die Fachausstellung in den 11 Fach- und Theorieräumen und in der Schulverwaltung durchgeführt.

### 2. Aus-, Fort- und Weiterbildung in Zahlen

Die Gesamtteilnehmerzahl konnte im Jahr 2002 auf 4.587 Personen deutlich gesteigert werden. Im 10 Jahres-Vergleich waren es jährlich durchschnittlich 4.165, im 20 Jahres-Vergleich durchschnittlich 4.076 Teilnehmer jährlich. Die Erhöhung der Unterrichtsstunden von durchschnittlich 10.797 jährlich wurde, bedingt durch eine um rund 30% höhere Nachfrage von Fortbildungsveranstaltungen sowie durch eine förderungsbedingte Umstellung in der Überbetrieblichen Ausbildung, auf 12.898 Unterrichtsstunden gesteigert. Die Bildungsleistung umfaßte im Jahr 2002 insgesamt 18.499 Teilnehmertage (2001 = 17.059). Seit Beginn der COS haben 100.167 TeilnehmerInnen das Bildungsangebot der Carl-Oelemann-Schule genutzt.

### 3. Überbetriebliche

#### Ausbildung von ArzthelferInnen

Die Gesamtteilnehmerzahl liegt mit 3.246 Auszubildenden knapp oberhalb des 20Jahresdurchschnitts von 3.211 und knapp unterhalb des bereinigten 10 Jahresdurchschnitts von 3.278. Die angespannte Situation im Gesundheitswesen hat somit bisher keine Auswirkungen auf die Ausbildungsbereitschaft der hessischen Ärzte gezeigt.

### 4. Unterrichtsräume und Lernsituation

#### in der Carl-Oelemann-Schule

Durch die Modernisierung der Ausstattung konnte eine Vielzahl neuer Geräte angeschafft

werden, um den zeitgemäßen Praxisbezug insbesondere der Überbetrieblichen Ausbildung weiter zu erhöhen, z.B. EKG / Ergometrie elektronisch gesteuert, Kletterstufe, Langzeitmeßverfahren, Laien-Defi, Reanimationspuppen (u.a. mit Monitor), Spirometer, IR-/UV-Strahler, Inhalationsgeräte, Elektrophysio-Kombigerät, CTG, Perimeter, Audiometer, verschiedene Geräte zur Patientenselbstkontrolle, erweitertes Instrumentarium für Diagnostik wie für operative Fächer / ambulantes Operieren, Dokumentation per Scanner, digitale Foto-Dokumentation, Telefontrainer usw. Das erweiterte Geräteangebot bedingt, daß in den praktischen Unterweisungen der Überbetrieblichen Ausbildung z. T. Schwerpunkte verändert werden müssen. Dieser Prozeß wird Mitte 2003 abgeschlossen sein, so daß dann der Lehrplan für die Überbetriebliche Ausbildung erneut zu aktualisieren sein wird.

Eine besondere Herausforderung an die Lehrkräfte stellen die oft sehr unterschiedlichen Grundlagen dar, die die Auszubildenden in dem Flächenland Hessen aus unterschiedlich spezialisierten Praxen in die Überbetriebliche Ausbildung mitbringen. Supervisionen, Unterrichtshospitationen und langjährige Erfahrung in der nebenberuflichen Unterrichtstätigkeit der Lehrkräfte in Verbindung mit persönlichen Fortbildungsaktivitäten garantieren den Realitätsbezug und die hohe Qualität der Unterweisungen.

### 5. Qualifizierungsfortbildungen

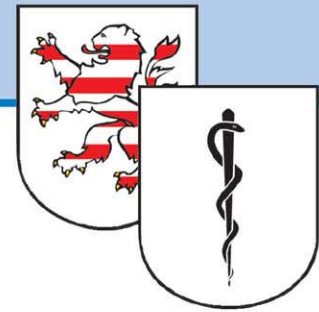
#### 5.1. Strahlenschutzlehrgänge für ArzthelferInnen

Im Jahr 2002 wurden insgesamt 4 Lehrgänge mit 764 Teilnehmertagen durchgeführt. Sie gliedern sich in je 4 Abschnitte, um die vorgeschriebenen 120 Stunden praxisfreundlich vermitteln zu können. Bedingt durch die Veränderungen im Gesundheitswesen sind diese Lehrgänge leider nur von 48 MitarbeiterInnen aus Praxen und Kliniken – erfolgreich – absolviert worden. Telefonische Umfragen bei Mitbewerbern haben ein ähnliches Bild ergeben.



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



Das den Lehrgängen der Carl-Oelemann-Schule zugrunde liegende Konzept befähigt die TeilnehmerInnen durch den hohen Anteil an praktischen Übungen zu verantwortungsvollem Umgang mit ionisierender Strahlung und gleichermaßen zu qualitätssicherndem und wirtschaftlichem Verhalten im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollmaßnahmen. Unsere Lehrkräfte sind auch nach erfolgreich abgeschlossenen Lehrgängen bei Bedarf unbürokratisch fachlich beratend gegenüber ehemaligen TeilnehmerInnen tätig. Sie bieten dadurch für die Arztpraxen einen Service, der aus den Betreuungsgewohnheiten kommerzieller Anbieter positiv herausragt, was auch den guten Ruf der Carl-Oelemann-Schule stützt.

## 5.2. „Assistenz beim ambulanten Operieren“

Bei den Kursen „Assistenz beim ambulanten Operieren“ haben sich die Veränderungen im Gesundheitswesen ebenfalls dämpfend ausgewirkt. Im Jahr 2002 kam nur ein Kurs mit 11 TeilnehmerInnen und 108 Teilnehmertagen zustande. Der Unterricht wird mit Rücksicht auf die Praxen alternierend mittwochs nachmittags und samstags durchgeführt. Ausgewählte praktische Teile werden in einer Klinik vermittelt.

## 5.3. Onkologische Fortbildung

Die Onkologie-Vereinbarung schreibt die Qualifizierung von ArzthelferInnen vor, wenn sie den Arzt bei der Verabreichung intravasaler Chemotherapie unterstützen. Die Carl-Oelemann-Schule bietet ArzthelferInnen eine qualifizierte Fortbildung in einem 120 Stunden-Lehrgang an. Diese Fortbildung wird mit ins-

gesamt 5 Blöcken und einer Dauer von 2 Jahren bundesweit angeboten. Insgesamt 72 TeilnehmerInnen wurden an 175 Teilnehmertagen fortgebildet. Damit hat dieser Lehrgang wiederholt eine sanfte Erhöhung der Teilnehmerzahl erfahren. Im Jahr 2002 endete der Lehrgang von 2000 mit 18 TeilnehmerInnen in einem anspruchsvollen und erfolgreichen Abschlussgespräch. Neben medizinischer und pflegerischer Fortbildung ist ein besonderer Schwerpunkt des Lehrgangs die psychosoziale Betreuung von Krebspatienten. In 2 je 20stündigen Praktika können die TeilnehmerInnen vor Ort Erfahrungen sammeln.

## 5.4. Fortbildung für das Praxisteam

Ein- und mehrtägige Fortbildungen, überwiegend an Samstagen, richten sich vorrangig an die MitarbeiterInnen der Arztpraxen. Insbesondere die Veranstaltungen zur Privatliqui-

ation werden auch gerne von Chefärztsekretärinnen besucht.

Die Veranstaltungen bieten die Möglichkeit, mit den Veränderungen der Arbeitswelt Schritt zu halten. Angeboten werden Fortbildungen in den Bereichen „Prüfungsvorbereitung für Auszubildende“, „Medizinische Fachkunde“, „Praxisorganisation, -management und Abrechnung“, „Pädagogik, Psychologie und Prävention“ sowie „Arbeitsmedizinische Workshops“.

Im Jahr 2002 wurden von 100 angebotenen Fortbildungsveranstaltungen 54 Kurse mit insgesamt 970 TeilnehmerInnen und 1135 Teilnehmertagen durchgeführt. Damit gab es im Vergleich zum Vorjahr einen starken Anstieg um 450 TeilnehmerInnen.

Das Angebot wohnortnaher Veranstaltungen, überwiegend 2-3stündige Abendkurse, wurde z.B. durch Fortbildungen für ArzthelferInnen in Augenarztpraxen weiter ausgebaut. Jeweils 2tägige Fortbildungen in der Betriebs- und Arbeitsmedizin 1 x Auge / konnten mit insgesamt 125 Teilnehmern neu eingeführt werden.

## 5.5. Weiterbildung zum/zur Arzt-FachhelferIn

Im Jahr 2001 endete der letzte Lehrgang auf der Basis des Curriculums der Bundesärztekammer von 1993. 2002 wurde die Umsetzung der von der Bundesärztekammer neu geordneten, attraktiven Aufstiegsfortbildung vorbereitet. Die ersten Module beginnen im Februar 2003.

Der überwiegend auf Management und Verwaltung der Arztpraxis ausgerichtete Pflichtteil der Aufstiegsfortbildung zur Arzt-FachhelferIn/ zum Arzt-Fachhelfer wird in Modulform ab 2003 angeboten. Diese ermöglicht den TeilnehmerInnen eine größere Selbstbestimmung bei der Terminwahl. Als praxisorientierte Wahlteile können verschiedene anerkannte Qualifizierungslehrgänge im Gesamtumfang von 120 Stunden, z.B. Onkologische Fortbildung, Assistenz beim ambulanten Operieren, Strahlenschutzlehrgänge, Praxisverwaltung

in die berufliche Aufstiegsfortbildung eingebracht werden, auch wenn sie bei anderen anerkannten Veranstaltern absolviert werden.

## 6. Wohnen in der Carl-Oelemann-Schule

Die Carl-Oelemann-Schule sorgt auch für die Verpflegung und Unterbringung der TeilnehmerInnen. Insgesamt wurden im Jahr 2002 die Gäste mit 18.015 Mittagessen sowie insgesamt 22.318 Frühstück- und Abendmahlzeiten versorgt. 2.877 Teilnehmerbewirtungen in Kursen und Besprechungen der Carl-Oelemann-Schule wurden sichergestellt.

Mit dem Umzug in das neue Seminargebäude wurde die Verpflegung von Kursen der Akademie teilweise von der Carl-Oelemann-Schule übernommen. Dies erforderte im 2. Halbjahr 2002 einen zusätzlichen starken Einsatz im Verpflegungsbereich, der nur durch

Überstunden zu leisten war. So wurden seit August 2002 für Veranstaltungen der Akademie 9.779 Bewirtungen durch das hochmotivierte Team des Verpflegungsbereiches der Carl-Oelemann-Schule gewährleistet.

Insgesamt entfielen auf die ursprünglichen Bewirtungsaufgaben der Carl-Oelemann-Schule 43.210 Bewirtungsvorgänge (2001 = 40.843). Die Steigerung ist wesentlich durch das höhere Teilnehmeraufkommen bei Fortbildungsveranstaltungen sowie in diesem Zusammenhang zusätzlich erfolgte Nachfrage nach Internatsunterbringung entstanden. Unter Einbeziehung der Verpflegung und Besprechungsbewirtung der Akademie ergibt sich eine Summe von insgesamt 52.989 Bewirtungsvorgängen.

Das Internat nahmen 3.099 Gäste (2001 = 2.835) an 14.970 Internatstagen (2001 = 14.284) in Anspruch. Die Steigerung ergibt sich im wesentlichen aus den Betriebs- und Arbeitsmedizinischen Fortbildungen.

## 7. Arbeiten in der Carl-Oelemann-Schule

Die Carl-Oelemann-Schule präsentiert sich auf den Internet-Seiten der Landesärztekammer Hessen. Interessierte können sich dort über Ansprechpartner, Veranstaltungsangebote, Geschichte sowie über Veranstaltungsräume, Gästezimmer und Aufenthaltsräume des Internats informieren. Sie können Informationen anfordern oder sich zu Fortbildungsveranstaltungen anmelden. Beide Möglichkeiten werden noch zögernd genutzt.

Das Team der Carl-Oelemann-Schule, bestehend aus 27 Mitarbeiterinnen, mehr als 50 freiberuflichen DozentInnen in den verschiedenen Bildungsbereichen sowie zahlreichen geringfügig Beschäftigten, hauptsächlich für die Bereiche der Gebäudebewirtschaftung des Internats und der Verpflegung, stellt die umfangreiche Bildungs- und Beherbergungsarbeit auf hohem Niveau sicher. Grundlage der straffen Organisation sind ein permanenter, dichter Informationsfluß sowie eine ständige Optimierung organisatorischer Abläufe unter Qualitäts- und Kostengesichtspunkten. 106 Sitzungen/Konferenzen incl. Sitzungen des Kleinen Bausausschusses und 60 interne Besprechungen waren zur Sicherstellung unseres Auftrags im Jahr 2002 erforderlich.

Auch in diesem Jahr kam es durch die Planungen für Ausstattung des Neubaus und Umzug sowie durch die Anpassung der Stundenpläne an die neue Unterrichtssituation zu einem erhöhten Arbeitsaufwand. Diese Anforderungen konnten nur durch hohe Einsatzbereitschaft und Leistung vieler Überstunden realisiert werden.

## 8. Gremien der Carl-Oelemann-Schule

Belange und Bildungsangebote werden maßgeblich von den beiden Gremien der Carl-Oelemann-Schule, dem Vorstand mit Beirat sowie

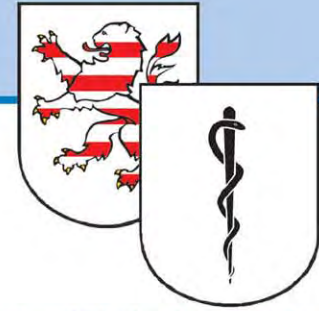


Seite 8



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



dem Ausschuß für die Überbetriebliche Ausbildung auf den Weg gebracht.

Dem Vorstand kommt dabei in erster Linie die konzeptionelle Arbeit im Bereich von Fort- und Weiterbildung zu. In zwei jährlichen Sitzungen werden neue Bildungsangebote, die

den zur Arztfachhelferin und die Vorbereitung von Fortbildungen für Arzthelferinnen in Kliniken in der Stationsassistenten sowie einen Tag der offenen Tür.

Dem sich aus Mitgliedern des Berufsbildungsausschusses der Landesärztekammer Hessen rekrutierenden Ausschuß für die Überbetriebliche Ausbildung obliegen Entwicklung, Überwachung und Aktualisierung des Unterweisungsprogramms sowie die Überwachung von Umsetzung und Teilnehmerbetreuung. Der Ausschuß ist bei Personalentscheidungen sowie bei Budgetfragen anzu-

Daß die Auszubildenden das neue Gebäude mit Begeisterung aufgenommen haben, schlägt sich auch deutlich in der Motivation der jungen Frauen und Männer nieder. Die Mandatsträger setzen sich dafür ein, daß sich die Überbetriebliche Ausbildung, nicht zuletzt wegen der Vielfalt der zur Verfügung stehenden Unterrichtsgeräte und der nunmehr durchweg modernen Unterrichtsräume, in Verbindung mit kompetenten Fachlehrern als wichtiger Bestandteil der ArzthelferInnen-Ausbildung in der bisherigen Organisationsstruktur weiterhin behaupten kann. Als Wunsch für die Zukunft bleibt die Bereitstellung einer zeitgemäßen, erholsamen Unterbringung als notwendiger Ausgleich für die Veranstaltungsteilnehmer in ihrer knapp bemessenen Freizeit während der Lehrgänge.

Jutta Beleites,  
Leiterin der Carl-Oelemann-Schule



sich an den Bedürfnissen von Praxen und Kliniken orientieren, verabschiedet, so z.B. das stark erweiterte Programm für die Fortbildung des Praxisteams. Arbeitsgruppen bereiten für den Vorstand Curricula und Rechtsnormen für Maßnahmen der Aufstiegsfortbildung vor, z.B. im Jahr 2002 die Regelung der neuen Fortbil-

den, welche die Überbetriebliche Ausbildungsstätte betreffen. Beide Gremien waren involviert in die Planung des neuen Seminargebäudes sowie in die Fragen der Modernisierungsausstattung der Überbetrieblichen Ausbildungsstätte Carl-Oelemann-Schule.

## Bezirksärztekammern

### Bezirksärztekammer Darmstadt

Wie in den Vorjahren ist das Arbeitsvolumen auch 2002 nicht geringer geworden. Aufgrund der angespannten Personalsituation war der von der Kammer gewünschte Service nicht im vollen Umfang zu leisten.

Dabei blieben die Bürgeranfragen zu medizinischen und/oder gesundheitspolitischen Sachthemen und Fragen nach Behandlungsmöglichkeiten/-einrichtungen im Berichtszeitraum konstant hoch, konnten aber aus personellen Gründen nicht im notwendigen Maß befriedigt werden. Nach wie vor nimmt die Beratung unserer Mitglieder in Fragen der Meldeordnung, Berufsordnung, Weiterbildungsordnung etc. einen festen Platz in der täglichen Arbeit ein. Auch dieser Bereich hat gegenüber dem Vorjahr nochmals zugenommen. Der Grund für die hohe Inanspruchnahme liegt daran, daß sich unsere Dienststelle in zentraler Lage der City befindet, wo auch die meisten Arztpraxen angesiedelt sind.

Nach wie vor ist das Interesse an einem Arztausweis sehr groß. So wurden im vergangenen Jahr 215 Arztausweise ausgestellt (2000: 181; 2001:204). Die Verlängerung der Arztausweise übersteigt um ein Vielfaches die Zahl der Neuausstellungen.

Das Informationsbedürfnis der Ärzte über ihr Leistungsspektrum blieb gegenüber dem Vorjahr konstant. Da die Angebote nicht immer konform mit der Berufsordnung waren, mußte auch im Berichtsjahr bei den entsprechenden Ärzten auf die Einhaltung der Berufsordnung hingewiesen werden.

Das SAVD-Programm für die Verwaltung der Arzt-Stammdaten bescherte zusätzliche Arbeit. Daten mußten abgeglichen, überprüft, korrigiert und auf den neuesten Stand gebracht werden.

### Patientenbeschwerden

Von den 86 Patientenbeschwerden, die 2002 bearbeitet wurden, mußten abschließend 19 Patientenbeschwerden (hauptsächlich Liquidationen) an die Rechtsabteilung der LÄKH und 2 an die Gutachter- und Schlichtungsstelle weitergeleitet werden. Das Gros bildeten Beschwerden über Behandlungen, Herausgabe von Patientenunterlagen und Liquidationen.

Die Zahl der Patientenbeschwerden wäre höher ausgefallen, wenn die Beschwerdeführer nicht durch Gespräche mit dem Vorsitzenden von einer schriftlichen Beschwerde abgesehen hätten. Beschwerden unter Arztkollegen konnten meist vor Ort geregelt werden.

### Meldewesen

Noch ein Wort zu der Mitgliederverwaltung: Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Am 31.12.2001 hatten wir 3.548 Mitglieder und am 31.12.2002 3.623 Mitglieder; dies entspricht einem Zuwachs von 75 Mitgliedern. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, daß die Anzahl der Mitglieder kontinuierlich von Jahr zu Jahr steigt. In der Zeit von 1998 bis 31.12.2002 hat sich die Anzahl der Mitglieder inzwischen um insgesamt 300 erhöht.

An Neuanmeldungen waren 311, an Abgängen 236 Ärzte zu verzeichnen. Die Anzahl der Mitglieder gliedert sich in niedergelassene Vertrags- und Privatärzte, angestellte Ärzte und freie Mitarbeiter und Ärzte ohne Anstellung. Das Gros der Ärzte bilden nach wie vor die niedergelasse-

nen Vertragsärzte und die angestellten Ärzte. Einen nicht unerheblichen Anteil bildeten, wie auch in den Vorjahren, die Zahl der Ärzte ohne Anstellung, wobei zu beachten ist, daß darin auch die Pensionäre erfaßt sind. Im Berichtszeitraum ist diese Spalte mit 655 Ärzten beziffert, das entspricht 18,1 % der gemeldeten Ärzte.

### Arzthelferin-Ausbildungswesen

Im Berichtszeitraum wurde dieses Arbeitsressort auf EDV umgestellt. Auch hier hat das SAVD-Programm Einzug gehalten. Trotzdem konnten die manuellen Tätigkeiten nicht ganz eingestellt werden, so daß die Arbeiten zweigleisig liefen, also zusätzliche Arbeiten zu leisten waren.

Viele Termine im Arzthelferin-Ausbildungswesen bestimmten die Arbeit. Neben den Terminsachen waren auch organisatorische Tätigkeiten wie die Organisation von Prüfungsräumen etc. zu bewältigen. Nach der jeweiligen Abschlußprüfung wurden die Zeugnisse ausgestellt, die Abschlußfeier organisiert und durchgeführt.

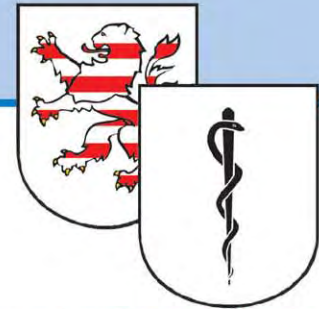
Im Berichtszeitraum wurden 532 Ausbildungsverträge abgeschlossen; davon wurden bis zum 31.12.2002 40 Verträge gelöst. An der Überbetrieblichen Ausbildung in der Carl-Oelemann-Schule hatten insgesamt 493 Auszubildende teilgenommen. 156 Auszubildende nahmen an der Zwischenprüfung teil. Von den 41 Teilnehmern an der Winter-Abschlußprüfung bestanden 10 Prüflinge nicht. 120 Prüflinge nahmen an der Sommer-Abschlußprüfung teil. Nicht bestanden hatten 18 Prüflinge.

Nach wie vor nimmt die Beratung unserer Mitglieder in Fragen der Berufsausbildung (BBiG, Jugendarbeitsschutzgesetz, Gehalts- und Manteltarifvertrag etc.) einen festen Platz in der



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



täglichen Arbeit ein. Auch der Kontakt zu den einzelnen Schulen, den Ausbildungsberatern und den Prüfungsausschußmitgliedern wurde weiterhin gepflegt.

Erich Lickroth  
Vorsitzender

Elfriede Weyrath  
Abteilungsleiterin

## Bezirksärztekammer Frankfurt

Die wichtigsten Tätigkeitsbereiche der Bezirksärztekammer Frankfurt umfassen das Meldewesen, das Ausbildungswesen zur Arzthelfer/innen, Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern und Patientenbeschwerden.

Gegenüber den Kammerangehörigen sind zum Teil Verstöße gegen die Berufsordnung zu ahnden und Schlichtungen durchzuführen, Fortbildungsveranstaltungen anzubieten, allgemeine Auskünfte zu erteilen.

### 1. Meldewesen

Jede/r Ärztin/Arzt ist nach der Norm verpflichtet, sich bei der zuständigen Kammer zu melden und neben ihren/seinen beruflichen Qualifikationen die Art der ärztlichen Tätigkeit anzugeben. Für die Erfassung dieser Daten steht das Programm SAVD (Schnelles Arztverwaltungsdatenprogramm) zur Verfügung. Hier werden alle Daten eingegeben, gepflegt und aktualisiert. Für jeden Arzt, der bei der Kammer gemeldet ist, wird eine Akte angelegt. Sollte eine Ärztin/Arzt ihrer/seiner Meldepflicht nicht nachkommen, sieht sich der Vor-

gen als neue Mitglieder bei der Bezirksärztekammer angemeldet wurden, bei einem Abgang von 500 Mitgliedern.

### 2. Ausbildungswesen Arzthelfer/in

Die zukünftigen Arzthelferinnen und die auszubildenden Kolleginnen und Kollegen werden für die Dauer der Ausbildungszeit, die in der Regel drei Jahre beträgt, von der Bezirksärztekammer beraten und betreut.

Die wichtigsten Aufgaben erstrecken sich auf die Eintragung der Ausbildungsverträge in das Ausbildungsverzeichnis, deren Ergänzungen und Veränderungen während der Ausbildungszeit, der Prüfungsvorbereitungen, der Abnahme der Prüfungen und der Ausstellung der Zeugnisse.

Zusammengearbeitet wird mit der Arzthelfer/in-Abteilung der Landesärztekammer, den Berufsschulen, Prüfungsausschüssen, den Ausbildungsberatern und der Carl-Oelemann-Schule. Im Bereich der Bezirksärztekammer Frankfurt sind sechs ehrenamtliche Ausbildungsberater tätig.

Im Berichtszeitraum wurden 409 Ausbildungsverträge neu geschlossen und in das Ausbildungsverzeichnis eingetragen.

In der Addition der Auszubildenden des 1., 2. und 3. Ausbildungsjahres befinden sich im Bereich der Bezirksärztekammer Frankfurt 1013 Auszubildende zum/zur Arzthelfer/in.

### 3. Patientenfragen/Patientenbeschwerden

Für Patienten ist die Bezirksärztekammer eine Anlaufstelle für Anfragen über Fachrichtungen und bestimmte Therapieformen. Bei den Auskünften wird auf den Hausarzt verwiesen bzw. es wird die entsprechende Fachgesellschaft oder der Berufsverband genannt.

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit liegt in Gesprächen, Telefonaten und schriftlichen Stellungnahmen zu Beschwerden von Patienten. Eine Statistik gibt Auskunft über die häufigsten Gründe von Beschwerden. (Anlage 1). Diese können meistens zur Zufriedenheit beider Parteien abgewickelt werden.

### 4. Verstöße gegen die Berufsordnung/Schlichtungen

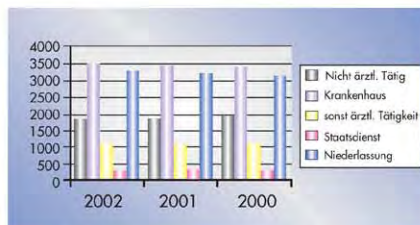
Die Bezirksärztekammer Frankfurt geht Hinweisen über mögliche Verstöße gegen die Berufsordnung nach. In Zusammenarbeit mit der Rechtsabteilung der Landesärztekammer werden in nachgewiesenen Fällen betroffene Ärztinnen und Ärzte darauf hingewiesen, sich an die Berufsordnung zu halten.

In Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgaben wurden in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt einzelne Praxisbegehungen vorgenommen.

Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Ärzten wurde in persönlichen Gesprächen eine kollegiale Schlichtung gesucht. Schlichtungen erfolgten ebenfalls bei Unstimmigkeiten zwischen Auszubildenden bzw. examinierten Arzthelfer/innen und Arbeitgebern. Auch hier konnten durch persönliche Gespräche Lösungen gefunden werden.

Dr. med. W. A. Fach,  
Vorsitzender

| Mitglieder                | 31.12.2000   | 31.12.2001   | 31.12.2002   |
|---------------------------|--------------|--------------|--------------|
| Nicht ärztl. tätig*       | 1.899        | 1.823        | 1.816        |
| Krankenhaus**             | 3.403        | 3.468        | 3.498        |
| Sonst. ärztl. Tätigkeit** | 959          | 1.076        | 1.075        |
| Staatsdienst**            | 282          | 274          | 287          |
| Niederlassung             | 3.165        | 3.189        | 3.257        |
| <b>Insgesamt</b>          | <b>9.708</b> | <b>9.830</b> | <b>9.933</b> |

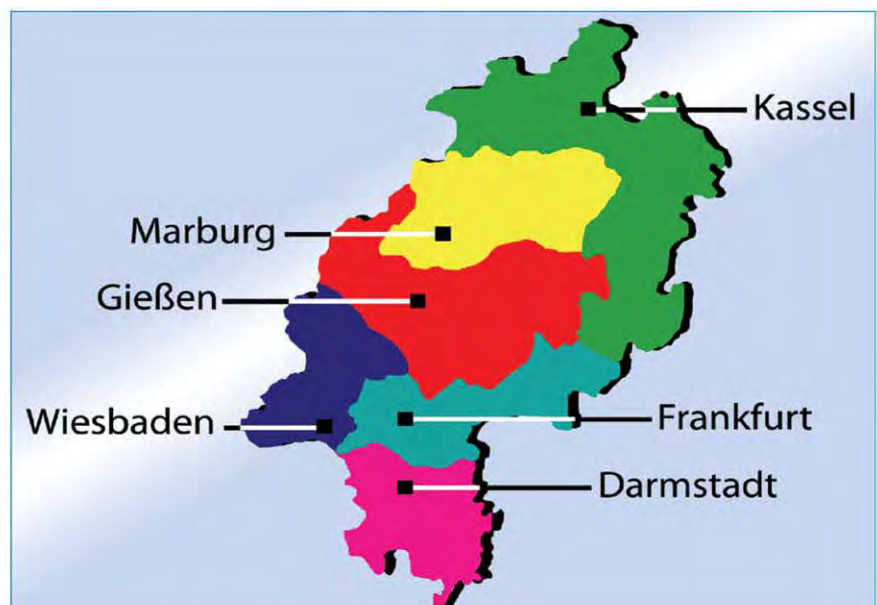


stand der Bezirksärztekammer Frankfurt gezwungen, Ordnungsstrafen auszusprechen.

Auf Wunsch erhält ein Arzt/Ärztin einen Arztausweis, der von der Bezirksärztekammer ausgestellt und nach Zeitablauf verlängert wird.

Die Anzahl der Mitglieder, die bei der Bezirksärztekammer Frankfurt gemeldet sind, hat sich zum Stichtag 31.12., gegenüber dem Jahr 2001 auf 9.933 erhöht.

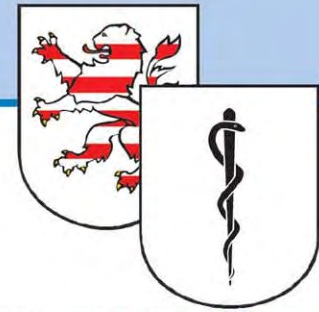
Trotz des Zuwachses von 103 Mitgliedern spiegelt diese Zahl nicht wieder, daß im Berichtszeitraum 600 Kolleginnen und Kolle-





# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



## Bezirksärztekammer Gießen

Das Jahr 2002 war von einigen Veränderungen geprägt. So wurde nicht nur die Stelle der Abteilungsleiterin ab September neu besetzt; am 14. Oktober zog die Bezirksärztekammer Gießen außerdem in neue Räumlichkeiten um und wird seither auf Beschluß der Delegiertenversammlung als Modellprojekt geführt. Im Rahmen dieses Projekts soll geprüft werden, welche Aufgaben der Gebiete Arzthelferinnen-Wesen und Meldewesen zentralisierbar sind und welche auch zukünftig dezentral bearbeitet werden sollen. In einem ersten Schritt wurden alle Aufgaben des Arzthelferinnenwesens ab 15. Oktober der Hauptabteilung in Frankfurt übertragen. Dies schließt die bisher von der Abteilungsleiterin und der Vorsitzenden übernommenen Aufgaben in diesem Bereich ein. Die für das Sachgebiet Arzthelferinnen-Ausbildungswesen zuständige Mitarbeiterin wurde nach Frankfurt/Main versetzt.

### Aufgaben

In den Tätigkeitsbereich der Abteilungsleitung fielen auch im vergangenen Jahr für die das Sekretariat der Vorsitzenden betreffenden Arbeiten wie Terminabsprachen, Bearbeitung der Tagespost, Vorbereitung des Quartalsrundsprechens an die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte nach Themenvorgabe, Erledigung des Schriftwechsels bezüglich der Goldenen Promotionen und Geburtstage. Der Abteilungsleiterin oblagen die telefonische Beratung und Abwicklung des Publikumsverkehrs; außerdem war sie für Ausstellung und Verlängerungen von Arztbesuchen sowie vertretungsweise auch für die telefonische und persönliche Beratung der Mitglieder der Landesärztekammer Hessen zuständig.

Darüber hinaus arbeitete die Abteilungsleiterin bis zur Zentralisierung der Abteilung Arzthelferinnen-Wesen in enger Abstimmung mit der Vorsitzenden mit den Schulen zusammen und kümmerte sich um die Einberufung, Vorbereitung und Durchführung der Prüfungsausschüsse. Sie war u. a. mit Vorbereitung und Organisation der Prüfungen betraut.

Seit Dezember 2002 wird eine Statistik über eingehende Telefonate und Besuche bei der Bezirksärztekammer geführt, die zeigt, daß der neue Standort von den Mitgliedern sehr gut angenommen wird. Die Zahlen belegen eine hohe Frequenz der Kontaktaufnahme zur Bezirksstelle, sowohl telefonisch als auch persönlich (Beispielsweise für Dezember 2002 vom 04.12. bis 19.12.02 insgesamt 497 Kontakte). Aufgrund der angespannten personellen Situation wurde vom Vorstand der Bezirksärztekammer Gießen beschlossen, eine telefonische Sprechzeit von täglich 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr einzuführen.

Im zurückliegenden Jahr wurden 14 ärztliche Fortbildungsveranstaltungen organisiert und vorbereitet, an denen mehr als 1900 Ärztinnen und Ärzte teilgenommen haben. Die bearbeiteten Patientenbeschwerden (40 Vorgänge) enthielten unterschiedliche Vorwürfe. Nach Anforderung

und Eingang einer schriftlichen Stellungnahme des betreffenden Arztes erhielten der Beschwerdeführer sowie der Arzt abschließende Stellungnahmen der Vorsitzenden. In einzelnen Fällen wurde die Einschaltung der Gutachter- und Schlichtungskommission empfohlen, vereinzelt wurde der Vorgang an die Rechtsabteilung der LÄKH weitergeleitet. Die Bezirksärztekammer Gießen geht jedem Verdacht auf Verstoß gegen die Berufsordnung nach.

### Sprechstunden des Vorstandes/der Vorsitzenden

Die Sprechstunden der Vorsitzenden (Dienstag-nachmittags und Donnerstagvormittags) werden von Ärztinnen und Ärzten, aber auch von Patienten telefonisch rege genutzt. In persönlichen Gesprächen wurden unterschiedlichste Themen erörtert.

### Meldewesen

| Mitglieder             | 31.12.2001  | 31.12.2002  |
|------------------------|-------------|-------------|
| Ohne ärztl. Tätigkeit  | 740         | 739         |
| AiP                    | 220         | 193         |
| Angestellt und beamtet | 1969        | 1968        |
| Niedergelassene        | 1416        | 1431        |
| <b>Insgesamt</b>       | <b>4306</b> | <b>4331</b> |

### Arzthelferinnen

Wie oben erwähnt, wurden die Aufgaben im Arzthelfer/in-Ausbildungswesen bis zum Umzug am 14. Oktober 2002 von der Bezirksärztekammer Gießen wahrgenommen. Dazu zählten auch die Prüfungsvorbereitungen, die Durchführung der schriftlichen Prüfungen, die Beschäftigung mit den praktischen Übungen und den mündlichen Ergänzungsprüfungen. In der Abteilung Arzthelferinnen registrierte die Bezirksärztekammer Gießen 181 neu abgeschlossene Berufsausbildungsverträge (davon 2 Verkürzungen) zum Jahresende des Berichtsjahres gegenüber 177 (davon 1 Verkürzung) im Vorjahr. Dies bedeutet eine Zunahme von 2 %.

### Stand der Ausbildungsverträge

| Auszubildende am 31.12.2001  |     |            |           |        |
|------------------------------|-----|------------|-----------|--------|
| davon im ... Ausbildungsjahr |     |            | insgesamt |        |
| 1.                           | 2.  | 3.         | männl.    | weibl. |
| 176                          | 168 | 186        | 1         | 529    |
| <b>zusammen:</b>             |     | <b>530</b> |           |        |

### Auszubildende am 31.12.2002

| Auszubildende am 31.12.2002  |     |            |           |        |
|------------------------------|-----|------------|-----------|--------|
| davon im ... Ausbildungsjahr |     |            | insgesamt |        |
| 1.                           | 2.  | 3.         | männl.    | weibl. |
| 179                          | 173 | 178        | -         | 530    |
| <b>zusammen:</b>             |     | <b>530</b> |           |        |

### Anzahl der Auszubildenden-Arztshelfer/innen

| Stichtag        | 31.12.2001 | 31.12.2002 | Veränderungen  |
|-----------------|------------|------------|----------------|
| Arzthelferinnen | 529        | 530        | + 0,2 %        |
| Arzthelfer      | 1          | -          | - 0,2 %        |
| <b>Gesamt:</b>  | <b>530</b> | <b>530</b> | <b>+/- 0 %</b> |

### Registrierte Ausbilder

561 Ausbilder haben zum Jahresende ausgebildet gegenüber dem Vorjahr 559. Dies ist eine Steigerung von 0,4 %.

An den beiden Abschlußprüfungen im Winter und im Sommer 2002 beteiligten sich insgesamt 174 Auszubildende (2001 = 149 Auszubildende), 7 (2001 = 1) von ihnen bestanden das Examen nicht.

Das eingangs beschriebene Modellprojekt Bezirksärztekammer Gießen soll, sofern es sich bewährt hat, in der nächsten Legislaturperiode ab Herbst 2004 auf alle hessischen Bezirksärztekammern übertragen werden.

Dr. med. Brigitte Ende,  
Vorsitzende

## Bezirksärztekammer Kassel

Die Tätigkeit der Bezirksärztekammer Kassel umfaßt folgende wichtige Arbeitsbereiche:

- Ausbildungswesen Arzthelferinnen, Durchführung der Prüfungen, Abschlußfeiern
- Beratung und Hilfe bei der Durchführung der Weiterbildungsordnung
- Berufsaufsicht im Sinne der Berufsordnung
- Schlichtungen
- Meldewesen
- Überprüfung von Privatliquidationen
- Beratungstätigkeit
- Organisation der Fortbildung im Bereich der Bezirksärztekammer

### Arzthelferinnen

Im Gegensatz zu den Tendenzen in anderen Ausbildungsberufen ist die Zahl der Auszubildenden im Kammerbezirk nicht rückläufig.

Der Stand vom 31.12.2002 war:

1. Ausbildungsjahr: 231
2. Ausbildungsjahr: 199
3. Ausbildungsjahr: 191

Damit befinden sich zur Zeit 621 Arzthelferinnen in Ausbildung im Kammerbezirk Kassel. Trotz der nicht gerade günstigen wirtschaftlichen Lage ist eine leicht steigende Tendenz in der Ausbildungstätigkeit festzustellen.

Im Bereich der Bezirksärztekammer wurden 232 Abschlußprüfungen durchgeführt; darunter 20 Prüflinge mit vorzeitiger Zulassung, 223 Prüflinge bestanden, 9 fielen durch die Prüfungen. Es gab 1 Wiederholungsprüfung.



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002

## Durchführung der WBO

Die Durchführung der Weiterbildungsordnung bereitet aktuell keine Probleme, da zur Zeit noch keine neue Reform bearbeitet werden muß. Eine Nachbesserung der WBO scheint aber dringend erforderlich, da der ärztliche Nachwuchs offensichtlich nicht in allen Bereichen in ausreichender Zahl weitergebildet wird. Besonders im Bereich Allgemeinmedizin/Innere Medizin macht sich der vorhandene Mangel für die Kollegen, die aus Alters- oder anderen Gründen ihre Praxis abgeben wollen, schmerzhaft bemerkbar. Die Suche nach einem Nachfolger ist meist sehr mühsam und immer häufiger erfolglos.

## Berufsaufsicht

In einigen wenigen Fällen wurde es nötig, den Schlichtungsausschuß zu bemühen. Die Tendenz zu innerkollegialem Streit ist dennoch auch 2002 zu verzeichnen. Wieder wurden mehrere Verfahren schon im Vorfeld durch Gespräche mit dem Vorsitzenden der Bezirksärztekammer und dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses bereinigt und beigelegt. Dr. Zürner und sein Ausschuß arbeiten wie gewohnt mit gutem Erfolg und der notwendigen Sensibilität. Dafür wieder herzlichen Dank an dieser Stelle.

Anlaß zu Streit gaben ebenfalls Verstöße gegen das Werbeverbot und die Tätigkeit von Ärzten in außerärztlichen Bereichen, so etwa in Zeitungsartikeln. Die Beschilderung von Praxen war auch 2002 ein wiederkehrender Anlaß zu Streit und einzelnen Beanstandungen.

In schriftlicher Form trafen im vergangenen Jahr rund 78 Beschwerden von Patienten gegen Ärzte ein. Damit hat sich die Zahl der Beschwerden reduziert. Noch einmal etwa die gleiche Anzahl ging in mündlicher bzw. telefonischer Form ein. In einer Vielzahl von Fällen ließen sich die Streitigkeiten einvernehmlich regeln und abschließen. Die Gutachter- und Schlichtungsstelle mußte nur in wenigen Fällen angerufen werden. In 10 Fällen wurde das Verfahren 2002 an die Gutachter- und Schlichtungsstelle abgegeben; in diesem Zusammenhang wurden ca. 11 Gespräche mit Patienten in den Räumen der Bezirksärztekammer geführt. Die verbleibenden Beschwerden wurden schriftlich beantwortet.

## Meldewesen

Hier ist der EDV-Einsatz zur Routine geworden und verläuft weitgehend reibungslos.

## Privatliquidation

Die Überprüfung von Privatrechnungen fand im bisher üblichen Rahmen statt; d.h., es wurden pro Woche 1-2 Rechnungen auf Wunsch von Patienten und Beihilfestellen geprüft. Dabei ging es fast ausschließlich um formale Fragen der GOÄ. In zwei Fällen trat der Verdacht von Abrechnungsbetrug auf; diese wurden zum Teil auf unangemessene Weise von der Presse aufgegriffen. Ergebnisse liegen bis heute noch nicht vor; die Ermittlungen dauern an.

## Beratungstätigkeit

Sonstige Beratungstätigkeit fand in großem Umfang statt. Dabei reichte die Spanne von kollegialer Beratung und Patientenberatung bis hin zur Benennung von Gutachtern für verschiedene

Gerichte. Der Personalstand in der Bezirksärztekammer ist unverändert.

## Personal und Arbeitsbelastung

Die Arbeitsgebiete Sekretariat, Meldewesen und Arzthelferinnenausbildung werden von den bisherigen Mitarbeitern weiterbetreut.

## Fortbildung

Die seit mehreren Jahren hervorragend von Dr. med. U. Herborn organisierte und durchgeführte kollegiale Fortbildung wird nun von seiner Nachfolgerin, Frau Dr. med. Seuren-Kronenberg weitergeführt.

## Mitgliederstand

Der Bezirksärztekammer Kassel gehörten zum Stichtag 31.12.2002 insgesamt 4.829 Mitglieder an.

Dr. med. Lothar Hofmann,  
Vorsitzender

## Bezirksärztekammer Marburg

### Mitgliederverwaltung

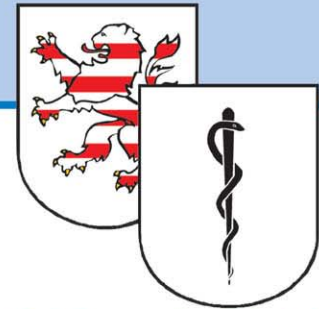
In der Bezirksärztekammer Marburg werden die Arztakten für ca. 2100 Mitglieder verwaltet. Die Arbeiten mit dem EDV-Programm SAVD konnten problemlos und sehr zeitnah ausgeführt werden, so daß der Zugriff auf aktuellste Daten möglich ist. Einen wesentlichen Aufgabenbereich stellen die telefonischen, persönlichen und schriftlichen Beratungen von Ärztinnen/Ärzten im Praktikum sowie Ärztinnen und Ärzten dar. Besonders zeitintensiv waren im Berichtsjahr die Beratungen von ausländischen Ärztinnen/Ärzten. Für geplante ärztliche Tätigkeit im Ausland erhielten mehrere deutsche Ärztinnen und Ärzte Certificates of Good Standing von der Bezirksärztekammer. Außerdem wurden 156 Arzt- ausweise ausgestellt; bei einer hohen Zahl von Arztausweisen mußte die Gültigkeitsdauer verlängert werden.

### Berufsaufsicht

Die Bezirksärztekammer mußte 2002 auch vielfältige Verstöße gegen die Berufsordnung für die Ärztinnen und Ärzte in Hessen bearbeiten. Bemerkenswert ist, daß das interkollegiale Verhältnis besonders zwischen niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten zunehmend gestört wird. Durch diplomatische kollegiale Intervention des Vorsitzenden konnten etliche Streitigkeiten zwischen Mitgliedern geschlichtet und sich ankündigende Schlichtungsverfahren abgewendet werden. Einige Fälle mußten jedoch an die Rechtsabteilung der Landesärztekammer Hessen zur endgültigen Klärung weitergegeben werden.

### Patientenbeschwerden

Im Berichtszeitraum wurden ca. 70 Beschwerden von Patienten gegen ihre behandelnden Ärztinnen/Ärzte bearbeitet; einige Fälle wurden an die Rechtsabteilung bzw. an die Gutachter- und Schlichtungsstelle abgegeben. Mehrere telefonisch, persönlich oder schriftlich vorgetragene Beschwerden blieben, was die Namen der behandelnden Ärzte betraf, anonym.



Einen großen Stellenwert in der täglichen Arbeit nimmt die Anzahl von nicht zu dokumentierenden telefonisch, schriftlich oder persönlich vorgetragenen Patientenfragen verschiedenster Art ein. Hierbei ging es auch 2002 insbesondere um bestimmte Behandlungs- oder Operationsmethoden, Fragen nach Spezialkliniken oder speziellen Arztpraxen.

### ArzthelferInnen

Das im Jahr 2001 eingeführte EDV-Programm für das Arzthelferinnen-Ausbildungswesen wurde in den Arbeitsablauf aufgenommen. Aus Kontroll- und Sicherheitsgründen wurde jedoch das herkömmliche Verfahren fortgeführt.

Neben den im Berichtsjahr eingereichten und in das Ausbildungsverzeichnis einzutragenden Berufsausbildungsverträgen mußten 13 vorzeitige Lösungen von Berufsausbildungsverträgen bearbeitet werden. Dies gestaltete sich oftmals schwierig, da es in mehreren Fällen zu Problemen zwischen Arbeitgebern und Auszubildenden bzw. deren Eltern gekommen war. Die Ausbildungsberaterin der Bezirksärztekammer Marburg wurde mehrfach in die Beratungen und Vermittlungen eingebunden.

Mit Ausnahme von 2 Auszubildenden bestanden alle Teilnehmerinnen die Winter- und Sommerabschlußprüfungen 2002, darunter 2 Auszubildende mit der Note „sehr gut“. Auch die Zwischenprüfung 2002 wurde ordnungsgemäß durchgeführt. An den Abschlußfeiern haben die erfolgreichen Absolventinnen geschlossen teilgenommen. Erfreulicherweise kommen auch immer mehr auszubildende Ärztinnen und Ärzte zu den Abschlußfeiern.

Die Bezirksärztekammer Marburg ist Anlaufstelle für zahlreiche telefonisch, schriftlich oder persönlich vorgetragene Anfragen von Arzthelferinnen, Arzthelferinnen-Auszubildenden oder Ausbildungspraxen/Arztpraxen in Bezug auf Gehalts- und Manteltarif sowie für allgemeine Anfragen zur Tätigkeit der Auszubildenden bzw. der Arzthelferinnen.

### Seniorentreffen

2002 wurden wieder zwei Treffen der ärztlichen Senioren (Frühjahr und Herbst) mit interessanten Vorträgen organisiert, die sich außerordentlich großer Beliebtheit erfreuten.

Dr. med. Klaus Uffemann,  
Vorsitzender

## Bezirksärztekammer Wiesbaden

In den Sprechzeiten des Vorsitzenden an Mittwoch- und Freitagnachmittagen für Mitglieder und Patientinnen/Patienten ging es um Fragen der Weiterbildung, Existenzgründungsberatungen, Vorstellung von neuen Kollegen, die sich in unserem Kammerbereich niederlassen, Einhaltung des Werbeverbotes, kollegiales Ver-



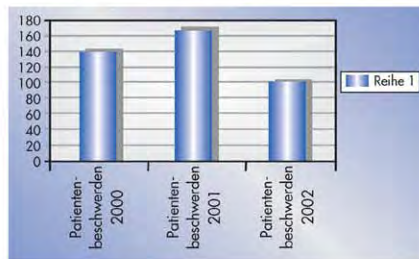
# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002

halten zwischen Ärzten, Anfragen von Patienten bezüglich der Budgetierung, Erläuterungen zu GOÄ-Rechnungen, sowie Beschwerden über Ärzte wegen etwaiger Behandlungsfehler.

## Patientenbeschwerden

Überwiegend wurden Patientenbeschwerden jedoch in schriftlicher Form an uns heran getragen. Eine Übersicht der Anzahl der Beschwerden in den letzten drei Jahre haben wir in der nachfolgenden Grafik dargestellt.



## Anfragen

Außerdem sprachen sehr viele Patienten vor, die bei der Arztsuche um Rat baten. Verstärkt wurde auch nach Patiententestamenten gefragt. Während der regulären Öffnungszeiten besuchten uns Ärzte u. a. wegen Verlängerung/

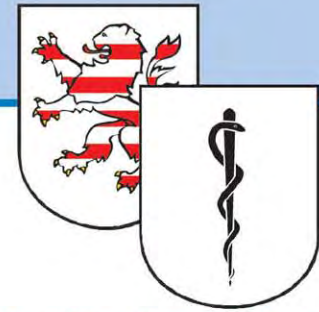
Neuausstellung des Arztausweises, oder sie kamen ihren Meldeformalitäten nach (Adress-/Arbeitgeberänderungen). Die wesentlichste Arbeit im Meldewesen bestand darin, die Neuan-/Änderungsmeldungen zu bearbeiten, Approbations-/Promotionsurkunden anzufordern und einzutragen, Arztausweise zu verlängern und neu auszustellen (187). Außerdem zählte die Bearbeitung der Goldenen Doktorjubiläen sowie der „runden Geburtstage“ dazu.

## Meldewesen

Per 31.12.2002 waren im Bereich der Bezirksärztekammer Wiesbaden insgesamt 3.360 Mitglieder gemeldet.

## ArztshelferInnen

Examinierte Arztshelferinnen und auch Auszubildende haben sich an die Bezirksärztekammer gewandt, um Ausbildungs-/Arbeitsverträge und Mantel-/Gehaltstarifverträge abzuholen, bzw. um Probleme in ihrer Ausbildungspraxis vorzutragen. Häufiger kam es auch vor, daß wir Schlichtungsgespräche zwischen auszubildendem Arzt/Ärztin und auszubildender Arztshelferin durchführten, damit die Ausbildung einvernehmlich fortgesetzt werden konnte. Per 31.12.2002 waren insgesamt 392 bestehende Ausbildungsverträge eingetragen.



Neben den üblichen Routineaufgaben wie Bearbeitung/Eintragung der Ausbildungsverträge, Einladungen zu den Überbetrieblichen Ausbildungen, Gebührenberechnungen sowie die Erstellung diverser Statistiken, gehörte u.a. auch die Organisation und Durchführung der angesetzten Zwischen- und Abschlußprüfungen zu den Aufgaben im Arzthelfer/in-Ausbildungswesen. Im Jahr 2002 haben insgesamt 150 Prüfungsteilnehmer an den Abschlußprüfungen teilgenommen. Davon haben 145 die Prüfung bestanden (2 Umschülerinnen).



Dr. med. Lang  
Vorsitzender

i.A. Barbara S. Sebastian  
Abteilungsleiterin

## Hessisches Ärzteblatt



Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. med. Toni Graf-Baumann trifft sich das Redaktionsteam regelmäßig zu den monatlichen Redaktionssitzungen des Hessischen Ärzteblatts. Die Schriftleitung haben Prof. Dr. med. Graf-Baumann, Dr. med. Michael Popović (verantwortlich für die Mitteilungen der

LÄK Hessen), Prof. Dr. med. Ernst-G. Loch (verantwortlich für die Mitteilungen der Akademie), im Jahr 2002 Sabine Riese und seit Januar 2003 Denise Jacoby (verantwortlich für

die Mitteilungen der KV Hessen). Im Redaktions-Team ist Katja Möhrle für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Der Wissenschaftliche Beirat des Hessischen Ärzteblatts setzt sich aus 15 ärztlichen Mitgliedern zusammen.

Mit den redaktionellen Aufgaben ist die Redaktionsassistentin, Angelika Kob, betraut. Die der Redaktion zur Veröffentlichung angebotenen Beiträge und die Texte des Amtlichen Teils werden in die Endfassung gebracht und vom Verlag Kirchheim in das Ärzteblatt-Layout umgesetzt. Zu den Aufgaben gehört die Koordination des gesamten Hessischen Ärzteblattes, (Abstim-

mung zwischen Kammer, Kassenärztlicher Vereinigung, Akademie für Ärztliche Fortbildung und Weiterbildung und dem Verlag) Verhandlung mit Autoren über Ergänzungen, Kürzungen, Illustrationen, die komplette Zusammenstellung der Ärztlichen Fortbildungsseiten im Bereich der Bezirksärztekammern, der Seiten ‚neue Bücher‘, der Seiten ‚Von hessischen Ärztinnen und Ärzten‘, Korrekturlesen, Umbruchvorbereitungen, Vorbereitung der Redaktions-Konferenzen, Teilnahme und Protokollführung, Honorarvergabe und Beleg-Versand.

Katja Möhrle,  
Pressereferentin

Angelika Kob,  
Redaktionsassistentin

## Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Wie bewertet die Landesärztekammer die jüngsten Reformvorschläge aus dem Bundesgesundheitsministerium? Was unternimmt die Kammer gegen den drohenden Ärztemangel? Können Sie uns einen Experten zum Thema Allergien für unsere Spät-Nachrichten vermitteln? Die Anfragen, die an die Pressestelle gerichtet werden, sind so vielfältig wie die Themen, mit denen wir uns täglich beschäftigen. Wie tiefgreifend der Wandel des deutschen

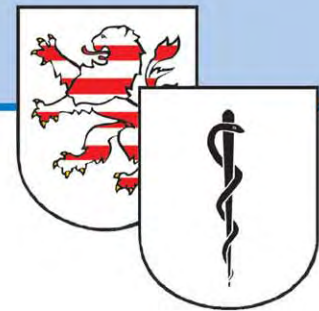
Gesundheitssystems ist, zeigte sich auch im Jahr 2002 an dem großen Interesse der Medien an gesundheitspolitischen Fragen. Wir haben die Öffentlichkeit daher mit Pressemitteilungen, Interviews und unterschiedlichen Veranstaltungen über neue Entwicklungen informiert. Im Rahmen unseres Experten-Service konnten wir auch 2002 bei Anfragen von Presse, Rundfunk und Fernsehen wieder zahlreiche ärztliche Experten vermitteln.

Unser traditionelles Neujahrsfrühstück stand 2002 unter dem Titel „Überlastet, unterbezahlt und frustriert: Klinikärzte an ihren Grenzen!“ Dabei stellten wir den Journalisten die Ergebnisse einer von Dr. med. Roland Kaiser geleiteten Arbeitszeitumfrage vor, die von der Kammer im Sommer 2001 unter hessischen Krankenhausärztinnen und -ärzten durchgeführt worden war. Die Studie stieß in den Medien auf ein überwältigendes Echo und



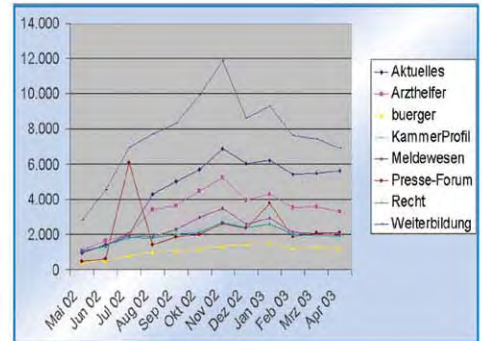
# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



auch das neue Design der „Bad Nauheimer Gespräche“ und war in die Vorbereitung des Bad Nauheimer Gesprächs „Wer bestimmt die Kultur in unserer Gesellschaft?“ in den Räumen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eingebunden.

Großen Zuspruch fand der von uns in Zusammenarbeit mit der KV Hessen und dem Landessportbund veranstaltete Präventionstag „Gesund - mitten im Leben“ im Frankfurter Hauptbahnhof. Mit Informationsständen, Diskussionsrunden und Vorführungen zog er die Aufmerksamkeit von Passanten und Pressevertretern auf sich und bestärkte uns in dem Vorhaben, auch in Zukunft mit ähnlichen Aktionen und Projekten auf die Bedeutung von Prävention aufmerksam zu machen.



Einen hohen Stellenwert nimmt außerdem die Homepage der Kammer ein. Seit Anfang 2002 ist Carmen Steitz, inzwischen: Carmen El Abasiri, Mitarbeiterin der Presseabteilung. Als Webmaster hat Frau El Abasiri die neue Homepage entscheidend weiter entwickelt und zu einem wertvollen Instrumentarium der Öffentlichkeitsarbeit gemacht (siehe Beitrag Homepage). Seit Dezember 2002 wird unser Team durch die Sekretärin Beate Völker bereichert.

Katja Möhrle,  
Pressereferentin

## Homepage der Landesärztekammer - Der Nutzer ist gefragt

Wer die Internetseiten der Landesärztekammer regelmäßig besucht, wird den Wandel der letzten Monate und Jahre festgestellt haben.

Im Mai 2002 ging die LÄKH mit einem neuen Internet-Auftritt an den Start. In einem Jahr hat sich eine Menge getan in den Rubriken und auf den Seiten von <http://www.laekb.de>.

Einen eindrucksvollen Überblick über die Besucherzahlen erlauben die beigefügten Statistiken. Besonders auffällig ist die starke Nutzung des Hessischen Ärzteblattes. So werden diese Seiten 20.000 - 25.000 Mal pro Monat aufgerufen.

Die ursprüngliche Zahl der Buttons erwies sich im Laufe des letzten Jahres als nicht ausreichend. So gab es einen nicht berücksichtigten Zuwachs an Rubriken wie z.B. Arzneimittel und Medizinprodukte, Krebsregister, Stellenangebote und -gesuche, Termine / Veranstaltungen. Bei einem Refresh des Layouts wird daher versucht, diese und

auch zukünftige Themengebiete harmonisch einzugliedern.

Auch der Formular-Bestand zum Download auf [www.laekb.de](http://www.laekb.de) wird zukünftig unter Zusammenarbeit mit den einzelnen Abteilungen noch weiter ausgebaut werden. Die Kammer wird daneben ihrem Service- und Dienstleistungsauftrag durch das Medium Internet stärker gerecht. So hat sich die ursprüngliche Zielgruppe von Ärzten und ArzthelferInnen erweitert: viele Bürger nehmen unser online-Angebot in Anspruch. Mit unserer Großveranstaltung im Frankfurter Hauptbahnhof am 31. Oktober 2002 unter dem Motto der Prävention konnten wir auch online zahlreiche Neugierige anwerben, was an den Statistiken besonders des Monats November deutlich wird.

Das Aufgabengebiet des Webmasters gestaltet sich neben der Aktualisierung der Homepage, sprich dem Einpflegen neuer Inhalte und Seiten, sehr vielfältig. So fallen Layout und Satz von Einladungen, Flyern, Prospekten und Plakaten für Veranstaltungen von Kammer, Akademie und FBZ, aber auch die Mitwirkung bei der Herausgabe der Mitarbeiterzeitung in meinen Bereich.

Carmen El Abasiri,  
Mitarbeiterin der Online-Redaktion/Webmaster

wurde auch auf dem Deutschen Ärztetag in Rostock im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt.

Deutlich wandte sich die hessische Landesärztekammer in den Medien gegen pauschale Vorverurteilungen und reißerische Schlagzeilen wie „Betrüger in Weiß“ oder „Die Abrechnungstricks der Ärzte“. In einer Pressemitteilung verlangte sie Aufklärung, nachdem hessische Ärzte unter dem Verdacht, betrügerische Abrechnungen vorgenommen zu haben, in das Visier der Staatsanwaltschaft geraten waren.

Im Frühjahr 2002 luden die Landesärztekammer und die Gesellschaft Evangelische Akademie in Hessen und Nassau in Frankfurt zu einem interdisziplinären Gespräch über Stammzellenforschung ein. Für Organisation und Auswahl der Referenten waren Dr. Kurt Schmidt, Zentrum für Ethik in der Medizin am Markus-Krankenhaus in Frankfurt, und die Pressereferentin der Landesärztekammer verantwortlich. Auch die Einführung der weiterentwickelten Fortbildungsplakette der Landesärztekammer und die neu ins Leben gerufene „Initiative Organspende Hessen“, an der sich die Landesärztekammer als Kooperationspartnerin beteiligt, gelangten mit Unterstützung der Presseabteilung an die Öffentlichkeit.

Die Feierlichkeiten anlässlich der Eröffnung des neuen Seminargebäudes in Bad Nauheim stellen einen Höhepunkt des vergangenen Jahres dar. Die Presseabteilung war dabei nicht nur mit Pressarbeit vor der Veranstaltung, Betreuung der Pressevertreter vor Ort und anschließender Berichterstattung betraut; eine wichtige Aufgabe bestand auch in der Auswahl und im Redigieren der Texte für die Festschrift, die in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen erfolgte.

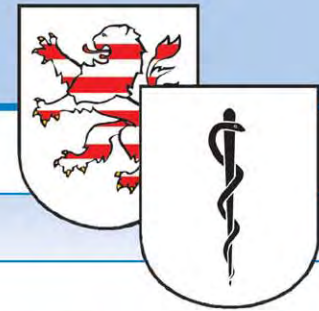
Monatlich berichtet die Pressereferentin im Hessischen Ärzteblatt; außerdem gibt die Abteilung die Mitarbeiterzeitung der Kammer heraus. Die Presseabteilung entwickelte





# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



## Meldewesen/SAVD

Ein Schwerpunkt der Arbeit im vergangenen Jahr lag in der Neustrukturierung der Organisationsverwaltung innerhalb unserer Stammdatenbank SAVD. So wurden 3079 Organisationen überarbeitet und auf 2078 reduziert, sowie mit Telefon- und Faxnummern versehen. Außerdem wurden E-Mail-Adressen und Internetadressen beschafft, damit innerhalb der Ärztekammer auch diese Daten besser genutzt werden können. Nach den Vorgaben der technischen Richtlinien der Bundesärztekammer mußten neue Kennzeichen eingepaßt werden.

SAVD wurde darüber hinaus - in Zusammenarbeit mit der EDV-Abteilung - mit einigen neuen Datenfeldern ausgerüstet, um neuen Anforderungen gerecht zu werden. Diese neuen Datenfelder werden von den Mitarbeiter/Innen mit Inhalten gefüllt. Die Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung, den Gesundheitsämtern, den beiden Ärzteblättern und diversen

Ministerien ist im vergangenen Jahr weiter verbessert und intensiviert worden.

Begleitend zur Beitragsveranlagung wurde ein neues Formblatt für das Meldewesen entwickelt, auf dem die wichtigsten Daten aus unserer Stammdatenbank abgedruckt werden. Einerseits wollen wir damit unter Wahrung des Datenschutzes für mehr Transparenz unserer Datenerfassung werben, andererseits erhoffen wir uns Korrekturen fehlerhafter Einträge, damit weitere Rückfragen sich erübrigen.

Der Service des Meldewesens auf unserer Homepage [www.laekb.de](http://www.laekb.de) wurde erweitert. Dort können Sie aktuelle Mitgliederentwicklungen verfolgen, Adreßänderungen bekannt geben, den Meldebogen auf Ihrem Drucker ausdrucken und einige nützliche Tips lesen. Falls Sie weitergehende Wünsche an uns haben oder eine Auskunft vermissen, sind wir für Ihre Anregungen immer offen.

Der überwiegende Anteil unserer Tätigkeit im Meldewesen liegt jedoch im Eingeben von Daten. So wurden im vergangenen Jahr insgesamt 378.712 Änderungen von Feldern in SAVD eingegeben, was gegenüber 2001 (169.514 Änderungen) doch eine stolze Steigerung darstellt. Begleitend fallen Telefonate und Schriftverkehr an. Hier sind zunehmende Anfragen von Patienten zu verzeichnen, die für Ihre gesundheitlichen Probleme Hilfe und Rat suchen.

Nicht zuletzt zur weiteren Optimierung unserer Daten, aber auch aus Gründen der besseren Erreichbarkeit in drohenden Katastrophenfällen, möchte ich diese Möglichkeit nutzen und Sie dringend um Bekanntgabe Ihrer Telefon-, Handy- und Faxnummern, sowie Ihrer aktuellen E-Mail-Anschriften bitten. In einem Ernstfall können wir Sie auf diese Weise schneller erreichen.

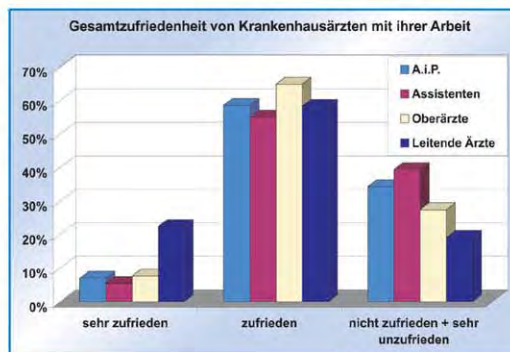
Andreas Lochner,  
Meldewesenkoordinator

## Stabsstelle Qualitätssicherung, Versorgungsmanagement und Gesundheitsökonomie und Krankenhausausschuß der Landesärztekammer

### „Ausbeutung“ von Krankenhausärzten und drohender Mangel an ärztlichen Nachwuchs

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit im Jahre 2002 war die Auseinandersetzung mit den Arbeitsbedingungen insbesondere jüngerer Krankenhausärzte und -ärztinnen und deren Auswirkungen auf die Berufszufriedenheit sowie den sich bereits in verschiedener Weise für die kommenden Jahre abzeichnenden Mangel an ärztlichem Nachwuchs. Die 2001 begonnenen empirischen Untersuchungen zu Arbeitszeiten, Bereitschaftsdiensten und Berufszufriedenheit bei Ärztinnen und Ärzten in Hessischen Krankenhäusern wurde 2002 in Zusammenarbeit mit der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz und der Ärztekammer des Saarlandes auch auf diese beiden Bundesländer ausgedehnt. Insgesamt haben wir fast 6.000 Kolleginnen und Kollegen befragt und 3.068 eingegangene Fragebögen ausgewertet. Die Ergebnisse bestätigen in vollem Umfang die Befürchtungen, daß...

- Krankenhausärzte in großem Umfang nicht dokumentierte und unbezahlte Mehrarbeit leisten;
- in Bereitschaftsdiensten fast regelhaft die maximal zulässigen Arbeitsanteile überschritten werden und damit solche Dienste ebenfalls im Sinne unbezahlter Mehrarbeit (nicht zuletzt zur Erledigung während der normalen Dienstzeit nicht zu bewältigender Bürokratie) mißbraucht werden;
- gesetzlich vorgeschriebene Mindestruhezeiten meist nicht eingehalten werden können;
- die Arbeits- und Berufszufriedenheit gerade

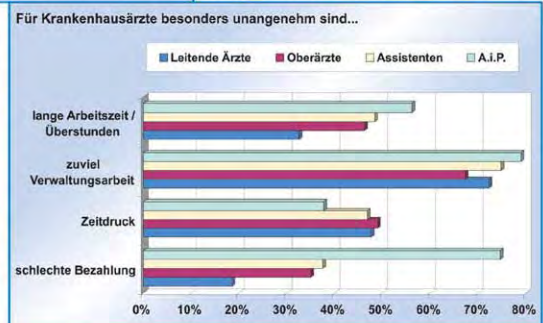


der jüngeren Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus abnimmt und am stärksten durch die ständig weiter wuchernde Bürokratie belastet wird.

Über die Ergebnisse unserer Untersuchungen (auch betreffend die spezielle Situation von Ärztinnen und besondere Probleme von Ärztinnen in Teilzeittätigkeit) haben wir in mehreren Veröffentlichungen im Hessischen Ärzteblatt (Hefte 2, 3 und 12 / 2002) im Dt. Ärzteblatt, in Buchform (R. Kaiser: Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit von Ärzten im Krankenhaus, Deutscher Ärzte-Verlag, Köln 2002) und in zahlreichen Presseerklärungen etc. berichtet. Auch die Ärzteblätter der Kammern in Rheinland-Pfalz und in Saar-

land haben Zusammenfassungen dieser Daten veröffentlicht.

Am 5.12.2002 hat die Landesärztekammer in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Sozialministerium und anderen Partnern (HKG, marburger bund, verdi, Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände) in der Kongresshalle in Bad Nauheim eine Fachtagung „Arbeitsplatz Krankenhaus – Perspektiven für die Arbeitszeitgestaltung“ veranstaltet, die rund 300 Teil-

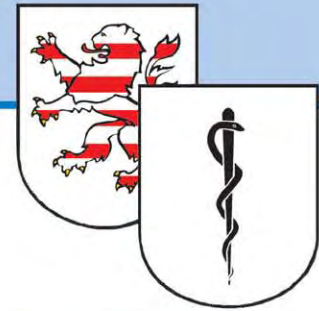


nehmer weit über die Grenzen Hessens hinaus anlockte. (Wegen des großen Interesses mußte die Teilnehmerzahl schon während der Anmeldephase begrenzt werden.) Ein Sammelband der Vorträge und Präsentationen dieser Tagung wird voraussichtlich gegen Mitte des Jahres 2003 vom Hessischen Sozialministerium herausgegeben.



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



Leider ist es uns trotz intensivster Bemühungen nicht gelungen, im neuen hessischen Krankenhausgesetz eine substantielle Mitwirkung ärztlichen Sachverständes bei der zukünftigen Krankenhausbedarfsplanung zu erreichen. Die von uns geforderte Berufung von Repräsentanten der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung in die regionalen Krankenhauskonferenzen und eine Mitwirkung von Patientenvertretern in diesen Gremien wurden in das neue Gesetz ebenso wenig aufgenommen, wie die dringende erforderliche grundsätzliche Berücksichtigung von Belangen der ärztlichen Weiterbildung bei der Krankenhausbedarfsplanung des Landes. Das äußerste Zugeständnis war die Formulierung in § 22 (7) Satz 2: Sie (die örtliche Krankenhauskonferenz) kann zu ihrer Beratung auch ärztliche oder sachverständige Vertreterinnen oder Vertreter der Beteiligten hinzuziehen.

Darüber hinaus ist es gegen deutliche Widerstände gelungen, § 15 „Abgaben aus Liquidationserlösen“ (Ärztepool) mit der Beteiligung der nachgeordneten Ärzte, einschließlich der Ärzte im Praktikum, im Gesetz zu erhalten.

Im Rahmen einer bundesweiten einheitlichen Befragung von Absolventen der Kurse „Ärztliches Qualitätsmanagement“ haben wir die Teilnehmer unserer Kurse der Jahre 1999 - 2002 angeschrieben. Auch im bundesweiten Vergleich wurden die hessischen Kurse sehr gut bewertet; in verschiedenen Kategorien war eine deutliche Verbesserung der Bewertungen im Verlauf dieser 4 Jahre zu registrieren. Wir werden auch 2003 diesen Weg konsequent fortsetzen und freuen uns, im diesjährigen Kurs erstmalig eine Psychologische Psychotherapeutin begrüßen zu dürfen. In der Rubrik Qualität & Versorgung auf der Home-

page der LÄKH, versuchen wir, trotz beschränkter Ressourcen, kontinuierlich ein ausgewähltes, aktuelles Informations- und Fortbildungsangebot zu Qualitätssicherung, Gesundheitsökonomie, Versorgungsmanagement, Arzneimittel- und Medizinproduktesicherheit etc. bereitzustellen. Gelegentliche positive Rückmeldungen von Besuchern unserer Seiten ermutigen uns, bei diesen Anstrengungen nicht nachzulassen. Auch in verschiedenen Publikationen (u.a. verschiedene Facharztzeitschriften des Springer-Verlages) haben wir aus ärztlicher Sicht über gesetzliche Neuregelungen bei Medizinprodukten informiert.

Für das Jahr 2003 sind weitere Initiativen zur Arbeitssituation junger Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus vorgesehen. Dabei soll mit wissenschaftlicher Methodik genauer untersucht werden, wie viele angehende Ärzte nach Abschluß des Studiums, nach Ende des AiP und Erhalt der Approbation oder auch erst danach während der Weiterbildung aus der klinisch - ärztlichen Tätigkeit 'aussteigen', sich für andere Berufsfelder entscheiden oder ins Ausland abwandern und welche Erfahrungen und Umstände für solche Entscheidungen maßgeblich sind. Ferner wollen wir den besonderen Problemen teilzeitbeschäftigter Ärztinnen und den Gründen für die geringeren Karrierechancen von Ärztinnen im Krankenhaus nachgehen, sowie mögliche Ansatzpunkte für deren gezielte Unterstützung und Förderung herausfinden. In diesem Bereich werden wir eng mit dem Projekt 'Mentoring für junge Ärztinnen' des Referates Ärztinnen der Landesärztekammer Hessen zusammenarbeiten.

Weitere, teilweise bereits in 2002 begonnene Aktivitäten beschäftigen sich mit der Personalfriedenheit und Dienstleistungsqualität sowie der prospektiven Evaluation der Ein-

führung von Qualitätsmanagement in vertragsärztlichen Praxen, neuen Tätigkeitsfeldern für Arzthelferinnen im Krankenhaus, der Primärversorgung von Herzinfarktpatienten u.a. mehr. Dabei arbeiten wir eng mit anderen Abteilungen und Einrichtungen der Kammer aber auch zahlreichen externen Partnern (andere Kammern, Kassenärztliche Vereinigungen, wissenschaftliche Institute, Ministerien und andere Behörden, gewerbliche Unternehmen und Dienstleister etc.) zusammen.

Anfang 2003 hat die Stabsstelle Qualitätssicherung, Versorgungsmanagement und Gesundheitsökonomie Verstärkung durch Frau Dr. Susanne Köhler als wissenschaftliche Mitarbeiterin in Teilzeit erhalten. Frau Dr. Köhler wird sich zunächst den oben beschriebenen Studien zur Arbeitssituation junger Ärzte im Krankenhaus und den besonderen Problemen von Krankenhausärztinnen widmen, aber auch andere berufspolitisch-strategische Fragestellungen bearbeiten. Insbesondere in solchen grundsätzlichen Problemen wollen wir die enge und ausgezeichnete Zusammenarbeit mit dem Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit noch weiter intensivieren und ausbauen.

Dr. med. Roland Kaiser,  
Ärztlicher Referent für Qualitätssicherung,  
Versorgungsmanagement und  
Gesundheitsökonomie

Dr. med. Wolfgang Furch,  
Vertreter der Landesärztekammer  
im Landeskrankehausausschuß

## Rechtsabteilung



Christoph Biesing  
Justitiar

Entsprechend den der Landesärztekammer Hessen in § 5 Abs. 1 Heilberufsgesetz gestellten Aufgaben berät die Rechtsabteilung die Kammerangehörigen in berufsrechtlichen Angelegenheiten und überwacht die Einhaltung der Berufspflichten.

Streitigkeiten unter Ärzten werden zu schlichten versucht, soweit nicht die Schlichtungsausschüsse der Bezirksärztekammern zuständig sind. Zu Gesetzentwürfen wird aus rechtlicher

Sicht Stellung genommen, und einschlägige Fragen mit rechtlichem Bezug werden auf Ersuchen von Behörden beantwortet.

Die Rechtsabteilung prüft, ob die Belange der Ärztinnen und Ärzte hinsichtlich der Berufsordnung für die Ärztinnen und Ärzte in Hessen gewahrt sind. Sie berät die Landesärztekammer in allen rechtlichen Fragen der Kammerorganisation und ihrer Statute. Sie ist federführend bei deren Entwürfen.

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit im Jahre 2002 war, wie bereits in den Vorjahren, die Beschäftigung mit Fragen der Werbung, von Kooperationsformen in allen Ausgestaltungen, die Änderung der Berufsordnung für die Ärztinnen und Ärzte in Hessen. Breiten Raum nahm weiterhin die Begleitung des Bauvorhabens der Landesärztekammer Hessen in Bad Nauheim ein sowie die Begleitung der Wahl der Landeskam-

mer für Psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten Hessen.

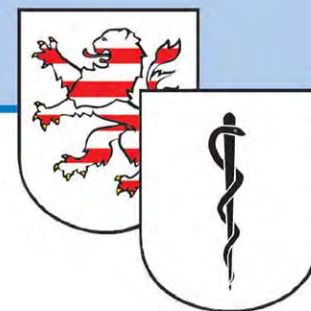
Anfragen von Mitgliedern, Patienten und sonstigen Institutionen haben ebenso wie Beschwerden über Mitglieder im Jahre 2002 an Intensität zugenommen. Die Bereitschaft, sich streitig auseinanderzusetzen, besteht weiterhin in hohem Maße. Auseinandersetzungen zwischen Kammermitgliedern wegen unkollegialen Verhaltens und Werbung sind an der Tagesordnung. Die Solidarität innerhalb der Ärzteschaft nimmt weiterhin ab und demzufolge nehmen Beschwerden über unkollegiales Verhalten zu.

Die erschwerten Arbeitsbedingungen von Ärzten spiegeln sich auch in den Prozessen gegen die Landesärztekammer wieder. Es handelt sich



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



dabei im Wesentlichen um Prozesse wegen nicht anerkannter Bezeichnungen nach der Weiterbildungsordnung.

Wieviele Beschwerden gebührenrechtliche Fragestellungen betrafen und wieviele Vorgänge im Gebührenordnungsausschuß behandelt wurden, sind dem (siehe Ausschüsse) Bericht von Frau Assessorin Rupp-Siemer zu entnehmen.

Die Schwerpunkte der berufsrechtlichen/berufsgerichtlichen Verfahren sind in dem Bericht der Berufsgerichtsabteilung von Herrn Koch nachzulesen.

Über die Arbeit der Ethik-Kommission bei der Landesärztekammer Hessen berichtet Frau Dr. Helberg-Lubinski. Daran schließt sich Herrn Dr. Meyers Bericht

über die Arbeit der unabhängigen Gutachter- und Schlichtungsstelle an.

Christoph Biesing,  
Justitiar

## Berufsgerichtsabteilung

### Schwerpunkte bei den Berufsgerichtsverfahren

- Nicht- oder verspätete Erstattung von Auskünften, Befundberichten und Gutachten
- Sexueller Mißbrauch / sexuelle Zudringlichkeiten
- Behandlungsfehler
- Abgeurteilte Straftaten (überwiegend wegen Falschbehandlung, Diagnosefehlern)
- Unterlassene Hilfeleistung

Als Folge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (und der entsprechenden Än-

derungen der Berufsordnung) ist die Zahl der Verfahren wegen verbotswidriger Werbung erheblich zurückgegangen.

Die Zahl der Eingänge für das Jahr 2002 betrug 47. Diese hat sich also gegenüber 2001 (39) wieder vermehrt. Die Fälle sind weiterhin überwiegend als tatsächlich und rechtlich schwierig zu bewerten. Sie werden auffallend umfangreicher.

Die Zahl der bei den Berufsgerichten noch anhängigen Verfahren beträgt 19, im Vorjahr waren es 18. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die bei dem Berufsgericht Frankfurt anhängigen 8 Verfahren alle erst am 24.06.2002 oder später

eingegangen sind. Von den 6 Fällen bei dem Berufsgericht Kassel sind 3 in 2002 eingegangen. Wenn auch die Berufsgerichtsverfahren insgesamt immer noch zu lange dauern, so hat sich doch die Situation gebessert. Besonders in Frankfurt am Main wird zeitnah terminiert.

Soweit es bis zur Hauptverhandlung länger dauert, liegt der Grund nach Mitteilung der Berufsgerichte in deren Überlastung mit anderen Angelegenheiten. Im übrigen wird auf die nachfolgende Aufstellung Bezug genommen.

Otto Koch,  
Vorsitzender Richter am Landesgericht a. D.

|                                                                                                     | 2001 | 2002 |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|------|------|
| <b>1. Anzahl von Verfahren, die von der Berufsgerichtsabteilung bearbeitet wurden</b>               | 39   | 47   |
| <b>2. Einleitung berufsgerichtlicher Verfahren durch Einreichung einer Anschuldigungsschrift</b>    | 11   | 17   |
| <b>3. Abschluß von Verfahren nach Hauptverhandlung</b><br>Durch Urteil der Berufsgerichte           | 11   | 10   |
| <b>4. Eröffnung des Verfahrens wurde durch das Berufsgericht abgelehnt gemäß § 63 Abs. 1 HeilbG</b> | 1    | ./.  |
| <b>5. Abschluß von Verfahren durch Beschluß der Berufsgerichte gemäß</b>                            |      |      |
| § 66 Abs. 1 i. V. m. § 59 Abs. 6 HeilbG                                                             | 6    | 2    |
| § 67 HeilbG (ohne Hauptverhandlung)                                                                 | 2    | 3    |
| § 71 Abs. 3 HeilbG (Keine Zugehörigkeit mehr)                                                       | 1    | 2    |
| § 78 Abs. 5 HeilbG                                                                                  | ./.  | 1    |
| § 85 HeilbG i. V. m. § 206 a StPO                                                                   | ./.  | ./.  |
| <b>6. Verfahrensabschlüsse seitens der Landesärztekammer Hessen gemäß</b>                           |      |      |
| § 59 Abs. 1 Satz 1 HeilbG                                                                           | 11   | 6    |
| § 59 Abs. 1 Satz 2 HeilbG                                                                           | 6    | 1    |
| § 59 Abs. 3 HeilbG (Erteilung einer Rüge)                                                           | 3    | 3    |
| § 59 Abs. 6 Ziff. 1 HeilbG (Ehrenerklärung)                                                         | ./.  | ./.  |
| § 59 Abs. 6 Ziff. 2 HeilbG                                                                          | 12   | 16   |
| Anlehnung zu § 59 Abs. 6 durchs Gericht                                                             | ./.  | 1    |
| <b>7. Einlegungen von Berufung seitens</b>                                                          |      |      |
| der Landesärztekammer Hessen                                                                        | ./.  | 1    |
| der/s Beschuldigten / Verteidiger                                                                   | 1    | ./.  |
| <b>8. Einlegung von Beschwerden gegen Beschluß eines Berufsgerichtes</b>                            |      |      |
| der Landesärztekammer Hessen                                                                        | 1    | ./.  |
| der/s Beschuldigten / Verteidiger                                                                   | ./.  | 1    |

### Geldbußen & Geldauflagen aus Berufsgerichtsverfahren 2002

|                       |                  |
|-----------------------|------------------|
| § 66 Abs. 1 HeilbG: € | 4.000,00         |
|                       | 1.000,00         |
| <b>Zusammen: €</b>    | <b>5.000,00</b>  |
| § 67 Abs. 1 HeilbG: € | 1.022,58         |
|                       | 511,29           |
|                       | 1.000,00         |
| <b>Zusammen: €</b>    | <b>2.531,87</b>  |
| <b>Urteile: €</b>     | 5.000,00         |
|                       | 2.000,00         |
|                       | 500,00           |
|                       | 300,00           |
|                       | 1.500,00         |
| <b>Zusammen: €</b>    | <b>9.300,00</b>  |
| <b>Zusammen: €</b>    | <b>16.833,87</b> |

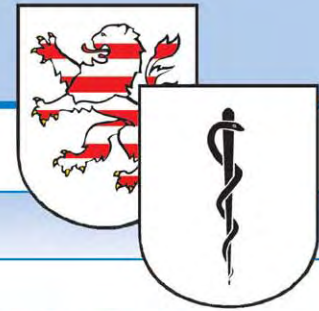
### Geldauflagen gemäß § 59 Abs. 6 HeilbG

|                    |                  |
|--------------------|------------------|
|                    | 2.500,00         |
|                    | 8.500,00         |
|                    | 500,00           |
|                    | 500,00           |
|                    | 2.500,00         |
|                    | 3.000,00         |
|                    | 500,00           |
|                    | 1.000,00         |
|                    | 100,00           |
|                    | 2.500,00         |
|                    | 300,00           |
|                    | 300,00           |
|                    | 4.000,00         |
|                    | 2.400,00         |
|                    | 1.500,00         |
|                    | 500,00           |
| <b>Zusammen: €</b> | <b>30.600,00</b> |



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



## Ethik-Kommission bei der Landesärztekammer Hessen

Nach § 15 Abs. 1 S. 1 der Berufsordnung für die Ärztinnen und Ärzte in Hessen muß sich der Arzt vor der Durchführung biomedizinischer Forschung am Menschen und epidemiologischen Forschungsvorhaben durch eine bei der Ärztekammer oder bei einem Medizinischen Fachbereich gebildete Ethik-Kommission über die mit seinem Vorhaben verbundenen berufsethischen und berufsrechtlichen Fragen beraten lassen.

Die Ethik-Kommission arbeitet auf der Grundlage einer eigenen Satzung und ist bei der

Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

Im Jahre 2002 sind 392 Anträge auf Prüfung eines Forschungsvorhabens bei der Ethik-Kommission eingegangen. Davon wurden 76 Anträge durch die Mitglieder der Ethik-Kommission in 11 Sitzungen beraten.

316 Anträge betrafen multizentrische Studien, für die bereits ein Votum einer anderen öffentlich-rechtlichen Ethik-Kommission vorlag.

Auch 2002 beschäftigte sich die Ethik-Kommission überwiegend mit Anträgen zur Prüfung von Arzneimittelstudien. Daneben befaßte sich die Ethik-Kommission mit klinischen Prüfungen von Medizinprodukten und Forschungsvorhaben, die weder in den Anwendungsbereich des Arzneimittelgesetzes noch des Medizinproduktegesetzes fallen.

Auch in diesem Jahr wurden verstärkt Genomuntersuchungen vorgenommen. Zugenommen haben aber auch epidemiologische Forschungsvorhaben, bei denen Probleme des Datenschutzes im Vordergrund stehen.

Einen Schwerpunkt in der Beratungstätigkeit der Ethik-Kommission stellen die Probanden/Patienteninformationen und Einverständniserklärungen dar. Leider ist festzustellen, daß

diese oft für die Studienteilnehmer schwer verständlich abgefaßt sind.

Auch wird über wesentliche Inhalte des Forschungsvorhabens und die Verwendung der bei der Studie gewonnenen Daten nicht klar genug aufgeklärt. Gerade bei den Genomuntersuchungen ist festzustellen, daß die Aufklärung der Patienten über den Verwendungszweck ihrer Blutproben oft unzureichend ist.

Bei Forschungsvorhaben mit Einwilligungsunfähigen fällt immer wieder auf, daß die rechtlichen Vorgaben für die Einbeziehung derartiger Studienteilnehmer nicht beachtet werden. Hier sind vor allem Fragen der Betreuung und der mutmaßlichen Einwilligung zu klären. Der überwiegende Teil der von der Ethik-Kommission beratenden Forschungsvorhaben kann daher erst durchgeführt werden, wenn die von der Ethik-Kommission festgestellten Beanstandungen beseitigt sind.

Der Arbeitsaufwand für die Ethik-Kommission hat auch in diesem Jahr weiter zugenommen, da neben den Studien eine Vielzahl von Prüfplanänderungen und Zwischenfallmeldungen zu bearbeiten sind.

Dr. jur. Annkatrin Helberg-Lubinski



## Gutachter- und Schlichtungsstelle

Geht man der Frage nach, ob es bei ärztlichen Behandlungen zu Fehlern gekommen ist, die Ursache für gesundheitliche Komplikationen bei Patienten waren, begegnet man menschlichem Leid und häufig starker Verbitterung, jedenfalls keinen freudigen Erfolgserlebnissen. Verständliche Emotionen beherrschen das Feld. Wir versuchen, unserer Aufgabe sachlich und nüchtern und mit der gebotenen Objektivität nachzukommen. Ob es gelingt, emotionsbedingte Barrieren abzubauen - man erfährt es selten. Wie sieht nun diese Arbeit in Zahlen aus:

Im Jahr 2002 wurden bei der Gutachterstelle 801 Anträge gestellt (2001: 791, 2000: 728). Hinzu kamen 639 noch offene Anträge aus den Vorjahren. Insgesamt konnten 724 Anträge erledigt werden (2001: 743, 2000: 643). In 194 Fällen war eine Begutachtung aus unterschiedlichen Gründen nicht nötig (2001: 215, 2000: 186). Den Ärzten ist es freigestellt, sich an unseren Verfahren zu beteiligen. 2002 zogen es 41 vor, dies nicht zu tun (38/18), hofentlich im Einverständnis mit ihrem Haftpflichtversicherer!

530 Gutachten waren einzuholen (2001: 528, 2000: 476). In 237 Fällen mußte noch die Kommission (zusätzlich) entscheiden (244/227), d.h. die Tendenz, die Kommission einzuschalten, hat sich stetig leicht abgeschwächt (derzeit 44,7 %). Die Kommission hat lediglich in 14 Fällen im Ergebnis anders entschieden als der Gutachter (= 4,76 %; 2001: 10,5 %, 2000: 7 %).

In insgesamt 34,71 % der begutachteten Fälle wurden vermeidbare ärztliche Fehler festgestellt (2001: 32 %, 2000: 35 %). Allerdings waren sie nicht immer auch Ursache der beklagten gesundheitlichen Komplikationen, sondern 2002 in 27,16% (2001: 25,5 %, 2000: 30,6 %) der unterschiedenen Fälle. Diese Zahlen halten sich erfahrungsgemäß seit vielen Jahren im Rahmen der Ergebnisse aller anderen Gutachterstellen, wie die von der Bundesärztekammer einheitlich geführte Statistik ausweist.

Neben den Gutachten waren 41 Kommissionssitzungen erforderlich, um das Ziel eines einigermaßen zügigen Verfahrens nicht aus den Augen zu verlieren. Trotzdem

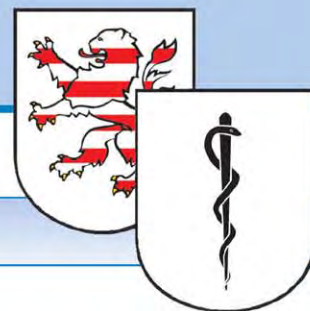
blieben im vergangenen Jahr 716 Verfahren unerledigt, und schon jetzt spricht vieles dafür, daß im Jahr 2003 noch mehr Anträge bei uns eingehen werden. Unsere technischen und personellen Möglichkeiten sind „ausgereizt“. Die heutigen außerordentlichen Anforderungen, mit denen niedergelassene und Klinikärzte fertig werden müssen, lassen eine beliebige Steigerung der schon immensen Gutachterarbeit nicht zu. Es ist abzusehen, daß die Schere zwischen Eingängen und Erledigungen immer weiter klaffen wird, unsere Verfahren werden unweigerlich länger dauern - ein in jeder Hinsicht beklagenswertes Ergebnis. Ich kann auch hier nur wiederholen, was ich in jedem Jahr sage und schreibe: Die hessische Ärzteschaft sollte den Kolleginnen und Kollegen dankbar sein, die es auf sich nehmen, die Vorwürfe der Patienten akribisch aufzuarbeiten und mit der gebotenen Sachlichkeit darauf zu untersuchen, ob daran etwas ist oder nicht! Eine Aufgabe, um die sie nicht zu beneiden sind.

Dr. jur. Felix Meyer,  
Vorsitzender der Gutachterstelle  
Vors. Richter am OLG i. R.



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



## Kaufmännische Geschäftsführung



Hans Schweikart  
Kfm. Geschäftsführer

Den jährlichen Haushaltsplan erstellen, Jahresabschlüsse veröffentlichen und Lageberichte mit Ausblick auf das kommende Jahr darlegen: Als „Pflichtteil“ bezeichnet Hans Schweikart, Kaufmännischer Geschäftsführer der Landesärztekammer, die Eckpunkte seines Aufgabenfeldes, das alle übrigen Bereiche der Kammer berührt: Jeder Verwaltungsvorgang, jede Investition und jede Neueinstellung kosten Geld. Da die Kaufmännische Geschäftsführung die ordnungsmäßige und sparsame Führung des Haushaltes, der Einnahmen und Ausgaben zu gewährleisten hat, ist sie in alle Planungs- und Entscheidungsprozesse der Kammer eingebunden. Ihr Ziel: jährlich einen

ausgeglichene Haushalt präsentieren zu können. Daher müssen die Projekte der Kammer auf ihre finanzielle Machbarkeit hin geprüft werden.

Daß dies gelingt, liegt, so Schweikart, am Zusammenwirken von Präsidium und hauptamtlicher Verwaltungsleitung, dem „Kollegialorgan Geschäftsführung“, das sich in die Hauptgeschäftsführung einschließlich ärztlicher Geschäftsführung sowie die Rechtsabteilung und die Kaufmännische Geschäftsführung gliedert. So werden auf Geschäftsführebene Themen der laufenden Geschäftsführung und Planungen für das kommende Jahr diskutiert, Personalfragen erörtert und die Umsetzung von Vorgaben des Präsidiums besprochen. Auch erstellen die Geschäftsführer bei der Dienstbesprechung Vorlagen, beispielsweise über voraussichtliche Personal- oder Materialkosten, die auf den Sitzungen des Präsidiums diskutiert und entschieden werden.

Laut Satzung führt das Präsidium die Geschäfte. Die Gespräche über Haushaltsvorhaben finden auf Verwaltungsebene statt; über Gremien wie den Finanzausschuß werden

sie in das Präsidium und von dort aus in die Delegiertenversammlung getragen. Bei großen Ereignissen, wie dem Bau des Seminargebäudes, setzt die Delegiertenversammlung einen Bauausschuß ein.

Vor der Delegiertenversammlung ist nach der Delegiertenversammlung: Als erste Großaktion eines Kalenderjahres beginnt die Beitragsbuchhaltung im Januar/Februar die Veranlagungsformulare an die Mitglieder zu verschicken. Bundeseinheitlicher Termin hierfür ist der 1. Februar. Die zweite große Aktion im Januar besteht aus der Erstellung des Jahresabschlusses, der bis zum 30. Juni fertig sein muß. In einer dritten Aktion beginnt ab Juni/Juli die vom Präsidium beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der vierwöchigen Prüfung, aus der sich die Vorlage des Prüfberichts an die Gremien ergibt. Damit fangen ab Juli die Vorbereitungen zur Erstellung des Haushaltsplanes des kommenden Jahres an.

Ein Gespräch mit  
Hans Schweikart,  
Kaufmännischer Geschäftsführer

## Finanzausschuß

Der Finanzausschuß ist gem. Paragraph 11 der Hauptsatzung der LÄK Hessen ein Ausschuß der Delegiertenversammlung, bestehend aus 7 Mitgliedern und nur den Delegierten verantwortlich. Damit seine Unabhängigkeit gewahrt bleibt, dürfen seine Mitglieder nicht gleichzeitig im Präsidium, dem Aufsichtsrat des Versorgungswerkes, Vorstand der Akademie oder Fürsorgeausschuß oder als Vorstand einer Bezirksärztekammer tätig sein.

Der Aufgabenbereich des Finanzausschuß erstreckt sich auf die Beobachtung und Kontrolle des Finanzgebahrens der Kammer. Der Vorsitzende hat zum Jahresabschluß, sowie zum Haushaltsplan vor der Delegiertenversammlung die Stellungnahme seines Ausschusses abzugeben. Ferner ist der Vorsitzende Mitglied der Finanzkommission der Bundesärztekammer.

So beginnt das Geschäftsjahr für den Vorsitzenden, seinen Stellvertreter und den kaufmännischen Geschäftsführer mit der Teilnahme an der Sitzung der Finanzkommission in Berlin am 25. Januar. Hier wurde in Vorbereitung auf den 106. Deutschen Ärztetag der Bericht des Revisionsverbandes zum Jahresabschluß zum 30. Juni 2002 entgegengenommen und über den Haushaltsvoranschlag 2003/2004 der Bundesärztekammer beraten.

Vier Sitzungen waren im Berichtsjahr zur Bewältigung der Aufgaben des Finanzausschusses

erforderlich. Die erste Sitzung am 13. März 2002 befaßte sich schwerpunktmäßig mit dem Bericht des „Ausschusses zur Überarbeitung der Sitzungsgeldregelung“, der gemäß der Neufassung der Lohnsteuerrichtlinien eine Neuordnung der Aufwandsentschädigungen vorgeschlagen hatte. Sachstandsberichte über den Neubau des Seminargebäudes und des geplanten Casinos im Bereich der Carl-Oelemann-Schule wurde entgegengenommen und ausführlich diskutiert. Der Performancebericht unseres Vermögensverwalters per 31.12.2001 wurde von Herrn Seil und seinem Partner (Firma Georg Seil Consulting, GSC AG) dem Finanzausschuß vorgetragen. Zur Neuregelung der Altersversorgung berichtete der Personalleiter, Herr Koch, dem Ausschuß; sie solle, orientiert am bisherigen Volumen des Treuegeldstatutes, auf den Weg gebracht werden.

Viele Einzelthemen wurden unter weiteren Tagesordnungspunkten behandelt: der Bericht von der Finanzkommission der Bundesärztekammer, die weitere Anmietung des Kammergebäudes, Personal- und EDV-Angelegenheiten, die geplante Neufassung der Haushalts- und Kassenordnung, sowie die Reorganisation der Bezirksärztekammern.

In der Sitzung vom 12. Juni wurden die Berichte und Diskussionen über mehrere Tagesordnungspunkte des letzten Termins fortgesetzt und aktualisiert. Zu diesem Zeitpunkt waren Geschäftsführer von Kammer und KV – Hessen in einer Arbeitsgruppe „Neues Verwal-

tungsgebäude“ für beide Körperschaften gemeinsam zusammengekommen. Ein Plan, der mittlerweile endgültig zu den Akten gelegt worden ist. Eine neue Dienstvereinbarung, die den geltenden steuerlichen Vorschriften bezüglich der außertariflichen Sozialleistungen angepaßt werden mußte, wurde vorgelegt.

Wie immer sind die Herbstsitzungen im September und Oktober geprägt von umfangreichen Beratungen zum Jahresabschluß und dem Haushaltsvoranschlag.

Am 11. September wurde der Jahresabschluß zum 31.12.2001 von den Prüfern der PWC – Deutsche Revision vorgetragen und von den Mitgliedern des Finanzausschusses eingehend diskutiert. Unser Prüfer bestätigte, daß Buchführung und Belegwesen ordnungsgemäß geführt wurden, die Vermögens- und Finanzlage war geordnet, die Prüfung gab keinen Anlaß zu Beanstandungen, der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Allerdings zeichnete sich seit geraumer Zeit ab, daß nach nunmehr 9 Jahren die Beiträge moderat erhöht werden mußten. Dem waren Jahre der regelmäßigen Beitragssenkung von insgesamt 24 v. H. vorausgegangen.

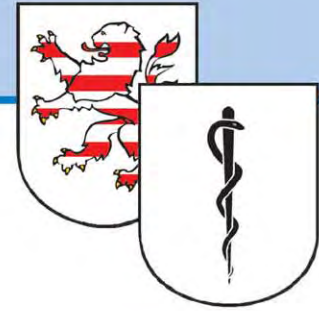
Neben diesem Hauptthema waren weitere Beratungen zu „Standart - TOP's“ Gegenstand dieser Sitzung: EDV-Entwicklung, Performancebericht der GSC, Sachstandsbericht zum Kammerbeitrag, Neubau Seminargebäude und Kasino im Bereich COS.

Die letzte Sitzung vor der Delegiertenversammlung im Herbst, fand am 9. Oktober 2002



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



statt, Hauptthema: Entwurf des Haushaltsplanes 2003. Im Rahmen der vorausgegangenen Dienstbesprechung, sowie der Durchforstung des Etatentwurfes durch den Finanzausschuß, konnten nochmals € 131.500 gekürzt werden, allerdings mußten auch einige wenige Etatposten um insgesamt € 60.000 erhöht werden. Weitere Be-

ratungsthemen waren die Änderung der Bedingungen für die Mitgliedschaft in der Akademie, die neue Preiskalkulation für Veranstanter, die Räume des neuen Fortbildungszentrums in Bad Nauheim nutzen, die Beitragsordnung 2003 sowie Berichte der Verwaltung über Geschäftsvorgänge, soweit diese finanzielle Auswirkungen haben.

Dr. med. Norbert Löschhorn  
Vorsitzender

## Gebührenordnungsausschuß

Nach § 5 Abs. 1 Ziffern 3 und 5 Heilberufsgesetz sowie § 12 Abs. 3 Berufsordnung für die Ärztinnen und Ärzte in Hessen ist die Landesärztekammer gehalten, bei Streitigkeiten zwischen Berufsangehörigen und Dritten, die aus der Berufsausübung entstanden sind, zu schlichten, zu gebührenrechtlichen Fragen auf Ersuchen von Behörden Stellung zu nehmen und auf Anfrage von Beteiligten Liquidationen zu prüfen.

Im Jahr 2002 sind 510 Eingaben zu gebührenrechtlichen Fragestellungen zu verzeichnen. Bei 1530 Aktenvorgängen in der Rechtsabteilung insgesamt (einschließlich Ethik-Kommission) also exakt ein Drittel der gesamten Vorgänge der Rechtsabteilung. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von gut 13 %. Die steigende Tendenz in Zahlen belegt: für 2001 - 442 Eingaben und für 2000 - 429 Eingaben. Die Anzahl von Anfragen bzw. Beschwerden von Patienten bewegt sich mit 254 weiterhin auf sehr hohem Niveau und ist im Vergleich zum Vorjahr (222) nach wie vor zunehmend. Demgegenüber ist die Anzahl der Anfragen von Ärzten mit 101 im Vergleich zu den Vorjahren (2001: 110, 2000: 85 Anfragen) relativ stabil. Die Eingaben privater Krankenversicherungen (90) haben sich verdoppelt, während Anfragen

von Beihilfestellen (51) sich exakt auf dem Niveau des Vorjahres bewegen.

Bei Analyse nach Gebietszugehörigkeit ergibt sich, daß nach wie vor das Gebiet der Orthopädie führend ist (81, im Vorjahr 57), gefolgt von dem der Chirurgie (60, Vorjahr 50), der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde (49, im Vorjahr 32), der Inneren Medizin (45, ebenso im Vorjahr), der Gynäkologie (33, im Vorjahr 17), Augenheilkunde (28, im Vorjahr 29), Allgemeinmedizin (25, im Vorjahr 34), der Urologie (24, im Vorjahr 14), keine Gebietsanerkennung (22, im Vorjahr einstelliger Bereich). Anfragen zu verbleibenden Gebieten bewegen sich im einstelligen Bereich bzw. liegen geringfügig darüber. Soweit zuzuordnen zeigt sich, daß niedergelassene Ärzte in 334 Fällen involviert gewesen sind (im Vorjahr 293), Krankenhausärzte in 140 Fällen (im Vorjahr 121).

In zwei Fällen (beide denselben Arzt betreffend) hat das Präsidium der Landesärztekammer Hessen wegen des Verdachts unrichtiger Rechnungsstellung, Barzahlung nach jedem Arzt-Patientenkontakt und unzureichender Aufklärung über das Diagnose- und Behandlungsverfahren die Aufnahme berufsrechtlicher Ermittlungen

beschlossen. Sofern sich im Rahmen des berufsrechtlichen Ermittlungsverfahrens ein hinreichender Anfangsverdacht wegen Abrechnungsbetruges ergeben sollte, wurde beschlossen, Strafanzeige zu erstatten.

Im Berichtsjahr wurden u.a. für die Staatsanwaltschaft und ein Amtsgericht jeweils ein Gutachten erstattet. Sofern erforderlich, wird medizinischer Sachverstand schwerpunktmäßig durch den Gebührenordnungsausschuß eingebracht. Aber auch externe Gutachter werden hinzugezogen. Hervorzuheben ist hier die Hilfestellung in den Gebieten Orthopädie, Augenheilkunde, Hals-Nasen-Ohrenheilkunde und Urologie.

Der Gebührenordnungsausschuß, dessen Geschäftsführung in der Rechtsabteilung angesiedelt ist und mir obliegt, hatte sich im Jahr 2002 mit 113 Vorgängen (Vorjahr 116 Vorgänge) zu befassen, davon in zehn Fällen (Vorjahr 12) mehrfach. Diese Arbeit wurde in neun Sitzungen bewältigt. Auf den Artikel des Vorsitzenden des Gebührenordnungsausschusses, Herrn Dr. Klippstein, im Hessischen Ärzteblatt 11/2002 sei verwiesen.

Cornelia Rupp-Siemer,  
Assessorin

## Arbeitskreis Palliativmedizin

Palliativmedizin bietet schwerkranken und sterbenden Menschen Schmerzlinderung und Hilfe. Ihr Anliegen ist es, diesen Patienten durch geeignete Behandlung, Pflege und Schmerztherapie in der letzten Lebensphase ein Dasein in Würde zu ermöglichen. Da der Umgang mit unheilbar Kranken sowohl an die Angehörigen und das Pflegepersonal, als auch an die behandelnden Ärzte besondere Ansprüche stellt, kommt der interdisziplinären Zusammenarbeit ärztlicher Fachgebiete und anderer, in die Betreuung Schwerkranker eingebundener Berufsgruppen eine besondere Bedeutung zu.

In mehreren Sitzungen beschäftigte sich der Arbeitskreis Palliativmedizin auch im vergangenen Jahr mit der notwendigen Verbesserung der palliativmedizinischen Versorgung in Hes-

sen. Wiederholt wurde dabei die Notwendigkeit der Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten hervorgehoben. So kann beispielsweise die interdisziplinäre Kooperation in Ballungsgebieten von Kliniken ausgehen und koordiniert werden; im Unterschied dazu sind in ländlichen Regionen zumeist niedergelassene Ärztinnen und Ärzte damit beauftragt. Kriterium für die neuen Modellen der Zusammenarbeit, welche der Arbeitskreis im Jahr 2002 entwickelt hat, war deren Abhängigkeit von vorhandenen Strukturen, die sich auf eine Kooperation mit kompetenten Palliativmedizinerinnen und palliativmedizinischen Einrichtungen stützen müssen.

Der Arbeitskreis setzt sich auch dafür ein, daß die Patienten bis zu ihrem Lebensende in einer Umgebung bleiben können, in der sie sich zu Hause fühlen. Dies kann beispielsweise die

eigene Wohnung oder auch u.a. ein Hospiz sein. Außerdem muß ärztliche Beratung rund um die Uhr verfügbar sein. Unter diesen Bedingungen entwickeln sich bereits im Raum Frankfurt, im Raum Kassel, im Lahn-Dill-Kreis und in Hanau Strukturen, die zur Weiterführung ermutigen.

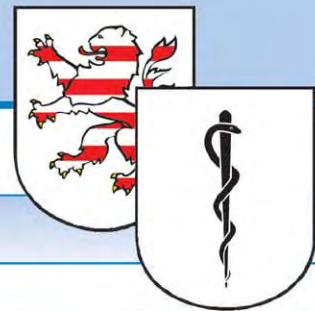
Strukturübergreifendes Lernen und strukturübergreifende Zusammenarbeit in der Palliativmedizin: Dafür müssen in ganz Hessen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Weil die ärztliche Aufgabe darin besteht, den Patienten bis zu seinem Lebensende zu begleiten, möchte die Landesärztekammer den Katalysator darstellen.

Dr. med. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach,  
Mitglied des Arbeitskreises



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



## Referat für Ärztinnen

Der Ausschuß „Referat für Ärztinnen der Landesärztekammer Hessen“ traf sich im Jahr 2002 insgesamt viermal; parallel dazu fanden insgesamt 6 Sitzungen des Projekt-Teams „Mentoring für Ärztinnen“ statt unter Beteiligung von Frau Wimmer, Frau Prof. Eberhard, zeitweilig Herrn Gossmann vom Hessischen Sozialministerium sowie Frau Franke-Lompa von den Städt. Kliniken Darmstadt, Herrn Leißling, und, in der zweiten Hälfte des Jahres, Herrn Bender als zuständige Referenten der Landesärztekammer Hessen sowie meiner Person.

Das erste Drittel des Jahres 2002 war den Vorbereitungen und der Durchführung einer Informations-Veranstaltung für Ärztinnen am 17. April 2002 in Bad Nauheim gewidmet. Die mit Unterstützung von Herrn Dr. Kamosky, LÄKH, organisierte Veranstaltung bot ein breites Spektrum. Unter den nicht sehr zahlreichen Teilnehmerinnen war die Gruppe von Ärztinnen mit kleinen Kindern, die einen Teilzeit-Job suchten oder aber nach einer Kinderpause mit einer Teilzeitleistung wieder in den Beruf einsteigen wollen, am stärksten vertreten. Die Probleme am Arbeitsplatz, die sich aus der hierarchischen Struktur der Krankenhäuser, der Konkurrenz unter den Kollegen in der Weiterbildung und den starren Arbeitszeit-Strukturen ergeben, standen im Vordergrund der abschließenden Diskussion.

Auf dem 105. Deutschen Ärztetag im Mai 2002 in Rostock wurden unter dem Tagesordnungspunkt „Ärztinnen“ neben dem Leitantrag von Frau Dr. Bühnen aus allen Kammern Anträge zur anzustrebenden Gleichberechtigung der Ärztinnen gestellt. Einige Anträge, u.a. auch von der Berichtenden, betrafen die Gestaltung von flexiblen und familienfreundlichen Arbeitszeit-Modellen. Bedauerlicherweise wurden sie bis auf den Leitantrag von Frau Dr. Bühnen an den Vorstand der Bundesärztekammer zur weiteren Bearbeitung verwiesen, so daß keine definitive Beschluslage vorliegt.

Auf Initiative von Herrn Kaiser beteiligte ich mich an der Auswertung und Interpretation der Daten, die durch die Befragung an 5.973 Krankenhausärztinnen und -ärzten in den Bundesländern Hessen, Saarland und Rheinland-Pfalz gewonnen wurden. Erstmals wurden die Daten geschlechtsspezifisch ausgewertet. Besondere Berücksichtigung fand eine nochmalige Aufschlüsselung und Gewichtung der Daten der Ärztinnen in Teilzeit. Die Ergebnisse liegen als Sonderdruck des Hess. Ärzteblattes vor, mit dem Titel „Arbeitsbedingungen und Berufszufriedenheit bei Krankenhausärztinnen in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland“. Die abschließende Sitzung im Dezember 2002

beschäftigte sich mit dem Schwerpunkt „Gender Mainstreaming“, allgemein. Im Rahmen des Mentoring-Projektes wurden zunächst die leitenden Ärztinnen und Ärzte von 8 ausgewählten Kliniken angeschrieben, jeweils aus acht großen Fachgebieten. Angeschrieben wurden die 3 Universitätskliniken Marburg, Gießen und Frankfurt a.M., desweiteren die Städt. Kliniken Fulda, Darmstadt, Höchst, Offenbach a.M. und die Horst-Schmidt-Kliniken in Wiesbaden. Insgesamt fanden sich 29 Ärztinnen als Kontaktpersonen oder potentielle Mentorinnen zu einer Mitarbeit bereit.

In Zusammenarbeit mit Frau Kere und Frau Steger vom Mentoring-Netzwerk für Naturwissenschaftlerinnen bereitete Frau Wimmer (HSM) in Anlehnung an dort bereits ausgearbeitete Materialien ein Informationsblatt (Flyer) vor, das in der vorliegenden Form verabschiedet wurde. Den Druck übernahm das Hess. Sozialministerium.

Dieser Flyer stellt zunächst die inhaltliche Grundlage des Projekts dar. Anfang des Jahres 2003 ist eine Auftakt-Veranstaltung geplant, mit der das Projekt endgültig starten wird.

Dr. med. Birgit Drexler-Gormann,  
Vorsitzende des Referats für Ärztinnen

## Ausschuß Rettungsdienst

Der Ausschuß Rettungsdienst untersteht dem Präsidium der Landesärztekammer und wird auch von diesem berufen. Im Jahre 2002 fanden insgesamt drei Sitzungen statt. Neben Fortbildungsfragen im Bereich der Notfallmedizin wurden zu Beginn des Jahres 2002 in erster Linie die Auswirkungen der neuen Rettungsdienst-Notarztverordnung erörtert.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt des Ausschusses Rettungsdienst war die Verordnung zur Qualitätssicherung im Rettungsdienst, die u. a. die flächendeckende Einführung des Ärztlichen Leiters Rettungsdienst zum 1. Mai 2003 regeln wird. Das Konzept für die Fortbildung „Ärztlicher Leiter Rettungsdienst“ wurde schnell erarbeitet, so daß der Qualifikationsnachweis bereits in der Frühjahrs-Delegiertenversammlung verabschiedet und nach Genehmigung durch das zuständige Aufsichtsministerium zum 1. Oktober 2002 in Kraft treten konnte.

Als kompetente Gäste standen Herr Dr. S. Kortüm (Vorsitzender der aghn, ÄLRD Frankfurt) sowie Herr Dr. W. Lenz (erster ÄLRD in Hessen als Modellversuch, Sprecher der Arbeitsgruppe ÄLRD) dem Ausschuß Rettungsdienst zur Verfügung. Ebenfalls konnte bereits im 4. Quartal 2002 das

Konzept für den Kursus ÄLRD erstellt werden; gemeinsam mit der Akademie für Ärztliche Fortbildung und Weiterbildung und dem Arbeitskreis der Ärztlichen Leiter Rettungsdienst in Hessen wurde dieser 4-tägige Kurs für den Januar 2003 terminiert. Im Heft 12/2002 des Hessischen Ärzteblattes erschien darüber ein ausführlicher Bericht.

Außerhalb des Ausschusses Rettungsdienst waren die Mitglieder in zahlreichen Ausschüssen und Gremien des Hessischen Sozialministeriums wie dem Landesbeirat Rettungsdienst (Herr Dr. Nowak), dessen Unterausschüssen Qualitätssicherung, Strukturfragen, Notärztliche Versorgung, Umsetzung und Fortschreibung des Rettungsdienstplanes und in Gremien und Ausschüssen des Hessischen Innenministeriums wie dem Landesbeirat für den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Herr Dr. med. M. Popović) und dessen sechs Unterarbeitsgruppen tätig.

Als Ergebnis der Arbeitsgruppen beider Ministerien wurde im Katastrophenschutz-Konzept des Landes Hessen ein extra Kapitel „Medizinischer Katastrophenschutz“ verabschiedet. Hessen ist somit das erste Bundesland, das angesichts der Terroranschläge

vom 11. September 2001 für den medizinischen Bereich alle vorbereitenden und einsatzmäßigen Regelungen und Maßnahmen zusammenfaßt, die bei einer ungewöhnlich hohen Zahl Verletzter, Kranker oder sonstiger Betroffener im Falle von Großschadenslagen oder Katastrophen für eine optimale Versorgung notwendig sind.

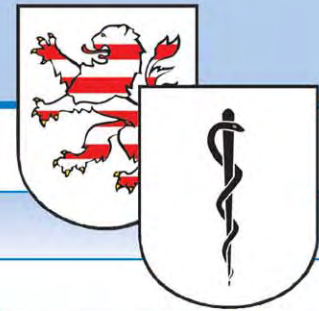
Dr. med. Dipl.-Chem. Paul Otto Nowak,  
Vorsitzender des Ausschusses





# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



## Ausschuß „Umwelt und Medizin“

Im Jahr 2002 tagte der Ausschuß am 6. März 2002 und 11. September 2002.

Die Ausschußtätigkeit war im vergangenen Jahr wesentlich durch zwei große Themengebiete geprägt: zum einen die mit dem geplanten Ausbau des Flughafens Frankfurt verbundenen Umwelt- und Gesundheitsprobleme und zum anderen die aktuelle Problematik der Elektromagnetischen Felder („Elektrosmog“).

Bezüglich des geplanten Ausbaus des Frankfurter Flughafens erfolgte in allen Ausschußsitzungen eine Diskussion der jeweils aktuellen Probleme. Herr Prof. Dr. Gieler, als Vertreter der LÄKH im Regionalen Dialogforum, und Herr Prof. Dr. Eikmann, als ständiger Vertreter der LÄKH in der Fluglärmmmission, unterrichteten die übrigen Mitglieder über ihre jeweiligen Aktivitäten und gaben ihre Einschätzung über

die laufenden Entwicklungen wieder. In diesem Rahmen wurde dem Präsidium unter Bezug auf die Fluglärmpolitik ein Resolutionsentwurf vorgelegt, der am 16. Oktober 2002 vom Präsidium verabschiedet und an die Medien weitergeleitet wurde.

Die Landesärztekammer Hessen unterstützt als Mitglied des Regionalen Dialogforums ein Nachtflugverbot für den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens. Aus präventivmedizinischer Sicht ist ein Nachtflugverbot zu fordern, da Lärm allgemein und hier speziell Fluglärm zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen kann. Das Nachtflugverbot sollte unter Berücksichtigung eines möglichst weitgehenden Ausschlusses von Ausnahmen umgesetzt werden, um gesundheitliche Schäden der Betroffenen präventiv zu vermeiden. Auch die Randzeiten von 5-6 Uhr und 22-23 Uhr sollten weitgehend in das Nachtflugverbot einbezogen werden.

Wie bereits angesprochen, bildete die Beschäftigung mit der Problematik der Elektromagnetischen Felder eine weitere Hauptaktivität des Ausschusses.

Nach längeren Diskussionen und nach Rücksprache mit dem Präsidenten der LÄKH wurde die Durchführung einer Veranstaltung im Fortbildungszentrum der LÄKH in Bad Nauheim vorbereitet, die am 15.02.2003 unter aktiver Beteiligung praktisch aller Ausschußmitglieder stattfand. In einem Übersichtsartikel wurde dazu im Hessischen Ärzteblatt 5/2003 berichtet. Ein weiteres relevantes Thema bei den Ausschußsitzungen war die Novellierung der (Muster-) Weiterbildungsordnung bezüglich der Zusatzbezeichnung „Umweltmedizin“.

Prof. Dr. med. Thomas Eikmann,  
Vorsitzender des Ausschusses

## EDV Abteilung der Landesärztekammer Hessen

Herausragend für die Tätigkeiten im Jahr 2002 war sicherlich die EDV-technische Ausstattung des Seminargebäudes und der damit verbundene Umzug der Verwaltung der Carl-Oelemann-Schule in das neue Seminargebäude der Landesärztekammer Hessen.

Selbstverständlich wurde die Anbindung der Carl-Oelemann-Schule an das interne Netzwerk der Kammer, sowie die grundsätzliche EDV-Reorganisation im gesamten Fortbildungszentrum in Bad Nauheim vollzogen. Nunmehr arbeiten die Carl-Oelemann-Schule im Seminargebäude, das Seminargebäude und die Akademie auf den gleichen File- und Printservern, dem gleichen Mailserver und sind über die gleiche Leitung mit der Zentrale in Frankfurt verbunden.

Um den Anforderungen aus den Bereichen gerecht zu werden, wurde die Hardware (PCs, Notebooks, etc.) um 60 Prozent aufgestockt. Der immens gestiegene Administrationsanteil konnte bisher durch Überstunden und Umstrukturierungen, jedoch ohne neue Stellen, bewältigt werden.

Daneben wurde 2002 damit begonnen, der wachsenden Datenflut Herr zu werden, die

mittlerweile von allen Außenstellen von den Servern der Zentrale abgerufen wird. Ein Lösungsansatz, der seitdem getestet und teilweise in den Bezirksärztekammern zum Einsatz kommt, ist die Terminalserver-Technik von Microsoft. Als Folge davon können dort die Server eingespart werden. Die Mitarbeiter arbeiten künftig datentechnisch mit ihren Clients ausschließlich in der Zentrale, bekommen nur noch die Bilddaten vom Server auf ihren Monitor übermittelt.

Des weiteren begann 2002 ein Projekt in der Bundesärztekammer, das deren Vernetzung mit den verschiedenen Landesärztekammern und die Vernetzung der Landesärztekammern untereinander zur Folge haben soll. Durch personelle Engpässe in der Bundesärztekammer wurde dieses Projekt auf 2003 verschoben; eine Verbindung zwischen der Landesärztekammer Hessen und der Ärztekammer Niedersachsen konnte aber schon 2002 realisiert werden. Ebenfalls 2002 hat die EDV-Abteilung ein eigenes elektronisches Archivierungssystem entwickelt, mit dem es möglich ist, alle Unterlagen, die bisher nur in Papierform vorhanden sind, elektronisch abzulagern. Der Vorteil liegt hier vor allem in

der entsprechenden Erhöhung der Verfügbarkeit der Informationen und der nicht zu vernachlässigende Sicherheitsaspekt, falls die Akten durch Feuer, Wasser etc. unbrauchbar würden. Gescannt werden die Akten auf ehemaligen Kopierern. Ehemalige Kopierer deshalb, weil in 2002 ein neuer Vertrag mit einem Anbieter abgeschlossen werden konnte, der nicht nur geringere Kosten auf diesem Sektor nach sich gezogen hat, sondern auch den Einsatz dieser Maschinen als Kopierer, Drucker und Scanner. Diese sind alle in das hessenweite EDV-Netzwerk integriert und ein weiterer Bestandteil zum Aufbau einer unternehmensweiten, optimierten EDV Infrastruktur.

Da innerhalb der Landesärztekammer keine Organisationsabteilung vorhanden ist, versuchte und versucht nicht zuletzt die EDV Abteilung, Abläufe innerhalb des Hauses zu kanalisieren und zu optimieren. In 2002 wurden im Netzwerk der Landesärztekammer Hessen durch die Mitarbeiter der EDV-Abteilung u.a. 210 PCs, 35 Notebooks, 21 Server und 71 Drucker betreut.

Thomas Friedl,  
Abteilungsleiter EDV

## Vertrauensstelle des Hessischen Krebsregisters

Die Vertrauensstelle des Krebsregisters kann auf ein erfolgreiches Jahr 2002 zurückblicken. Im Dezember 2001 wurde im Hessischen Landtag

ein neues Krebsregistergesetz verabschiedet. Es bietet mit einer Laufzeit von fünf Jahren erstmals eine hinreichende Planungssicherheit, nachdem

in den Vorjahren die Laufzeiten der Gesetze sich in der Größenordnung von ein bis zwei Jahren bewegten. Unter den neuen, verbesserten Beding-



# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002

ungen gelang es, eine Medizininformatikerin zu gewinnen, die für die informationstechnische Konzeption und die Programmierung der Datenbanken der Vertrauensstelle zuständig ist. Hiermit konnte eine wesentliche Voraussetzung für den Regelbetrieb der Vertrauensstelle erfüllt werden.

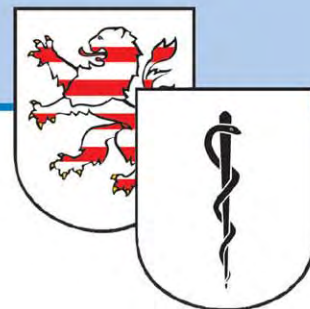
Die Aufgabe des Krebsregisters besteht in der Erfassung aller bösartigen Neuerkrankungen und ihrer Vorstufen bei Patienten mit Wohnsitz im Regierungsbezirk Darmstadt. Hierzu müssen die in Frage kommenden behandelnden Ärzte, denen das Gesetz eine Meldepflicht auferlegt, informiert und mit den entsprechenden Unterlagen ausgestattet werden. Die eingehenden Meldungen werden von den Mitarbeitern der Vertrauensstelle auf Vollständigkeit und Plausibilität geprüft, ggf. durch Nachfragen bei den meldenden Ärzten ergänzt, und schließlich im EDV-System erfasst. Daneben erhalten wir Kopien der Todesbescheinigungen aus den Gesundheitsämtern, die Aufschluß über Todesursachen geben und die Berechnung von Überlebenszeiten ermöglichen werden. Auch diese Daten werden personenbezogen erhoben und erfasst. Nach Vorlage aller erforderlichen Informationen werden die personenbezogenen Angaben in einem speziellen Verfahren verschlüsselt (pseudonymisiert) und die so gewonnenen Schlüsselnummern zusammen mit den medizinischen Daten an die Registerstelle, die beim Staatlichen Untersuchungsamt Hessen in Dillenburg eingerichtet wurde, zur dauerhaften Speicherung weitergeleitet. Danach werden die Daten in der Vertrauensstelle gelöscht.

Dieses zweistufige Verfahren stellt sicher, daß die eingehenden, personenbezogenen Meldungen durch gezielte Nachfragen komplettiert werden können. Die Pseudonymisierung der personenbezogenen Daten gewährleistet gleichzeitig, daß

die in der Registerstelle dauerhaft gespeicherten Daten keinen Rückschluß auf die betreffenden Patienten gestatten. Dennoch ist über die Schlüsselnummern auch später in der Registerstelle noch die Zuordnung verschiedener Meldungen zu einem Patienten mit großer Wahrscheinlichkeit möglich. Dieses vom Krebsregister in Rheinland-Pfalz bereits seit mehreren Jahren erprobte Vorgehen ermöglicht die patientenbezogene Datenspeicherung bei gleichzeitiger Berücksichtigung aller Belange des Datenschutzes.

Routinemäßig erfasst die Vertrauensstelle seit geraumer Zeit bereits die Daten der Todesbescheinigungen (34190) aus den kreisfreien Städten und Landkreisen des Regierungsbezirks Darmstadt. Hier eine Aufstellung der im Jahr 2002 bearbeiteten Meldungen:

Daneben wurden die Voraussetzungen geschaffen, im Jahr 2003 mit der Erfassung der Meldungen von aktuellen Tumorerkrankungen zu beginnen: Die Erfassungsbögen und die Informationsfaltblätter für Ärzte und Patienten wurden konzipiert, eine Arztdatenbank wurde aufgebaut, die Erfassungssoftware erstellt bzw. angepaßt, die Mitarbeiter wurden geschult etc. Somit wird im Jahr 2003 der Routinebetrieb aufgenommen werden. Im Mai des Jahres 2002 konnte die Vertrauensstelle, die bis dahin provisorisch und sehr beengt in der 3. Etage der Landesärztekammer untergebracht war, neue Räumlichkeiten beziehen. Der Weg des Möbels war nicht sehr weit: er führte vom Vogelsgesang 3 zum Vogelsgesang 2. Es war gelungen, hier zu günstigen Konditionen ca. 180 m<sup>2</sup> neu renovierte Bürofläche anzumieten. Neben fünf Büroräumen bietet das neue Domizil einen Besprechungsraum, den Sanitärbereich sowie eine kleine Teeküche. Da bei den Umbaumaßnahmen die gesamte Verkabelung (Strom-, Telefon-, Daten- und Alarmanlagenleitungen) erneuert wurde, sind auch unter diesem Aspekt



die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit in der Zukunft gegeben.

In regelmäßigem Turnus finden Tagungen der Arbeitsgruppe der bevölkerungsbezogenen Krebsregister Deutschlands (ABKD) statt. Im Herbst 2002 war Hessen erstmals Ausrichter dieses Treffens. Die Wahl des Austragungsortes fiel – wie könnte es anders sein – auf das neue Seminargebäude in Bad Nauheim. So konnten wir am 23./24. Oktober Besucher aus dem ganzen Bundesgebiet in den noch fast jungfräulichen Räumen in Empfang nehmen. Die freundliche, großzügige Gestaltung des Gebäudes erregte ebenso Bewunderung wie die hervorragende technische Ausstattung. Unter diesen Voraussetzungen konnte das Treffen von den Teilnehmern nur als Erfolg verbucht werden.

Im Jahr 2003 kann nun die Erfassung der aktuellen Krebsmeldungen beginnen. Nachdem auch die Registerstelle ihren Betrieb aufgenommen hat, können die erfaßten Daten dorthin weitergeleitet und zur wissenschaftlichen Bearbeitung gespeichert werden. Voraussichtlich werden in der Vertrauensstelle noch drei weitere Mitarbeiter für den Bereich Dokumentation und Datenerfassung hinzukommen, um die Voraussetzung für eine zeitnahe Bearbeitung und Erfassung der Meldedaten zu schaffen.

Damit sind die Wege für eine erfolgreiche Fortsetzung der Tätigkeit der Vertrauensstelle im Jahre 2003 geebnet.

Dr. med. Werner Wächter,  
Leiter des Krebsregisters

## Menschenrechtsbeauftragter

Die Begutachtung der Flugreisetauglichkeit von Abzuschiebenden ist ein Thema, mit dem wir in Hessen in besonderer Weise konfrontiert sind. Um den täglichen Gewissensdruck der Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu mildern, verabschiedete das Präsidium der Landesärztekammer vor 3 Jahren auf meine Initiative Grundsätze für das Verhalten von Ärzten bei der Prüfung der Transportfähigkeit von abzuschiebenden Ausländern, die der Präzisierung der ärztlichen Berufsordnung in dieser Frage dienen.

Viele Kolleginnen und Kollegen gaben uns dafür eine positive Rückmeldung. Weniger erfreut waren hingegen das Hessische Innenministerium und das Hessische Sozialministerium, die die ganzheitliche Betrachtungsweise der Landesärztekammer nicht teilten. Mit dem Ziel, Klarheit zu schaffen, bekräftigte das Präsidium im Jahr 2002 die Grundsätze nochmals und überarbeitete sie lediglich in einem Punkt;

die Neufassung der Grundsätze wurde in der Dezember-Ausgabe des Hessischen Ärzteblattes veröffentlicht. Allerdings erwartet die Politik nach wie vor, daß Ärzte ein knappes „Ja“ oder „Nein“ zur Flugtauglichkeit eines Abzuschiebenden geben. Offenkundige psychotraumatische Gefährdungen oder fehlende Behandlungsmöglichkeiten im Zielland der Abschiebung könnten so jedoch nicht berücksichtigt oder allenfalls auf einem Beiblatt kritisch vermerkt werden. Auch hätte dies für die bevorstehende Abschiebung keinerlei auf-schiebende Wirkung.

Den Kolleginnen und Kollegen vor Ort kommt es jedoch nicht darauf an, ihr Gewissen vermeintlich zu beruhigen oder politisch Einfluß zu nehmen. Ihnen geht es vielmehr um **Gewissenhaftes Arbeiten** im wahrsten Sinn des Wortes - um das, was in der ärztlichen Berufsordnung als Sorgfaltspflicht des Arztes eingefordert wird. Daher habe ich mich als Menschenrechtsbeauftragte der LÄKH auch im

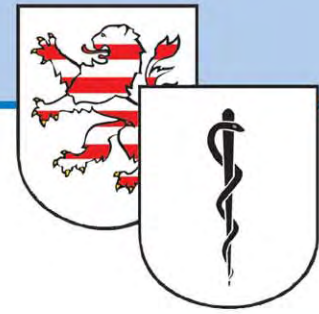
vergangenen Jahr wiederholt dafür eingesetzt, daß dem politischen Drängen in dieser Sache nicht nachgegeben wird. Ein weiteres Thema, das die Kammer beschäftigte, war die Verabrei-





# Tätigkeitsbericht

Bilanz und Perspektiven  
Das Jahr 2002



chung von Brechmitteln im Rahmen der Bekämpfung des Drogenhandels. Auch hier ist unsere Haltung eindeutig: Wir lehnen Gewalt ab und plädieren für eine natürliche Methode. So werden etwa Stanniolkügelchen oder Plastikbehälter mit Drogen irgendwann wieder vom Körper ausgeschieden. Da man den Menschen beaufsichtigen und seinen Stuhl untersuchen muß, ist eine solche Aktion selbstver-

ständig kompliziert und zeitaufwendig. Als Arzt kann man jedoch keinesfalls einem nicht unbedingt erforderlichen Verfahren wie dem Brechmitteleinsatz, das für Herz und Kreislauf sehr belastend ist, zustimmen, nur weil es leichter und schneller geht. Für einen vorgeschädigten, beispielsweise herzkranken Menschen kann die Brechmittelmethode sogar ein tödliches Risiko darstellen.

Dr. med. Ernst Girth,  
Menschenrechtsbeauftragter

## Versorgungswerk der Landesärztekammer Hessen

Das Versorgungswerk der Landesärztekammer Hessen mit Sitz in Frankfurt am Main ist eine besondere Einrichtung der Kammer; es verwaltet ein zweckgebundenes Sondervermögen. Ziel des Versorgungswerkes ist es, seine Mitglieder im Alter und bei Berufsunfähigkeit sowie deren Hinterbliebene abzusichern. Es untersteht der Rechtsaufsicht des Hessischen Sozialministeriums.

Das Versorgungswerk hat 3 Organe:

a) Die **Delegiertenversammlung** bestimmt u.a. über Satzungsänderungen, stellt den Jahresabschluss fest und wählt die 7 Mitglieder des Aufsichtsrates.

b) Der **Aufsichtsrat** besteht aus Ärztinnen und Ärzten, die sowohl Mitglieder des Versorgungswerkes sind als auch der Landesärztekammer angehören. In den 7 Sitzungen des Jahres 2002 überwachte er den Geschäftsablauf des Versorgungswerkes, übt Richtlinienkompetenzen (Vermögensanlage) aus, prüft Bilanz und GuV sowie den Prüfbericht.

Ihm gehören an:

- Dr. med. Brigitte Ende, Vorsitzende
- Gerhard Peleska, stellvertretender Vorsitzender
- Dr. med. Wilfried Bieniek
- Dr. med. Lothar Born
- Dr. med. Harald Krieger
- Dr. med. Matthias Moreth und
- Dr. med. Günter Pasewald

b) Der **Verwaltungsrat** führt unter dem Vorsitz des Geschäftsführers die laufenden Geschäfte des Versorgungswerkes.

Dem Verwaltungsrat gehören an:

- RA Klaus Selch Geschäftsführer und Sprecher des Verwaltungsrates (Versicherungsbetrieb, Buchhaltung, Recht, EDV, Personal)
- Dipl.-Kfm. Friedrich-Wilhelm Floren (Kapitalanlagen: Wertpapiere der Direktanlage, Hypothekendarlehen)
- Dipl.-Ing. Horst Michaelis (Kapitalanlagen: Immobilien)
- Hans Schweikart, Kaufmännischer Geschäftsführer der Landesärztekammer
- Dipl.-Betriebswirt Georg Seil (Kapitalanlagen: Spezialfonds, Private Equity).

### Versicherungsbetrieb (Bestands- und Rentenabteilung)

**Aktive Mitglieder:** 23.084 Mitglieder errichteten im Berichtsjahr Beiträge in Höhe von 171,4 Mio. €.

**Leistungsbezieher:** 4.019 Mitglieder und Hinterbliebene bezogen im Berichtsjahr Versorgungsleistungen in Höhe von 55,8 Mio. €.

|                           |       |
|---------------------------|-------|
| Altersrentner:            | 2.037 |
| Witwen- und Witwerrenten: | 643   |
| BU-Rentner:               | 399   |
| Halbwaisenrenten:         | 382   |
| Kinderzuschüsse:          | 554   |
| Vollwaisenrenten:         | 4     |

**Aufgaben:** Aufnahme, Beratung und Betreuung der Mitglieder. Erteilung von Auskünften, Berechnungen, ggf. unter Einschaltung eines Versicherungsmathematikers, Beitragsveranlagung, Stammdatenpflege, Bearbeitung von Veränderungen im Mitgliedsstatus, Stammdatenänderungen, Mitwirkung bei Versorgungsausgleichsverfahren. Pflege der Mitgliedskonten, Beitragseinzug, ggf. Mahnung, Ratenzahlungsvereinbarungen, Vollstreckungsmaßnahmen. Beratung von Mitgliedern (vorgezogene/aufgeschobene Altersrente), Feststellung von Leistungsfällen bei Alters-, BU-, Hinterbliebenenrenten. Auszahlung der Leistungen, Kontrolle des Vorliegens der Leistungsvoraussetzungen.

### Innendienst / EDV

Sicherstellung der Verfügbarkeit des EDV-Systems (SAP R/3) zur Bearbeitung aller Geschäftsvorfälle. Pflege und Fortentwicklung der Programme. In Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen Qualitätssicherung der Daten in Abstimmung zwischen Versicherungsbetrieb, Versicherungsmathematik, Rechnungswesen und Kapitalanlagen. Organisatorische Überarbeitung der Verfahren und Prozesse, Dokumentation.

### Buchhaltung / Rechnungswesen

Abbildung aller Geschäftsvorfälle. Pflege der Haupt- und Nebenbuchkonten. Zuordnung der Zahlungsvorgänge zu Mitgliedern / Arbeitgebern / Mietern. Zusammenfassung aller Geschäftsvorfälle auch aus den Bereichen der Kapitalanlagen in der Bilanz.

### Kapitalanlagen

#### Spezialfonds und Private Equity

Das Versorgungswerk unterhielt zum Stichtag

22 Wertpapierspezialfonds mit einem Volumen von 2,548 Mio. € bei 15 Kapitalanlagegesellschaften. Im Bereich Private Equity werden zum Stichtag 4,8 Mio. € in einem Fund of Fund Konzept angelegt.

Die Verwaltung der Fonds umfasst die Performancekontrolle, die Vorbereitung der Neuaufnahme oder der Schließung von Fonds sowie deren Aufstockung oder Reduzierung sowie die permanente Kontrolle der Risiken.

### Wertpapier- und Darlehensverwaltung

In der Direktanlage hält das Versorgungswerk festverzinsliche Wertpapiere und Schuldscheindarlehen von Emittenten einwandfreier Bonität (z.B. Staatsanleihen, Pfandbriefe) in einem Volumen von 936,3 Mio. €. Wesentliche Aufgaben sind Titelselektion, Timing von Kauf- und Verkaufsentscheidungen bei ständiger Beobachtung von Marktentwicklungen. Im Darlehensgeschäft sind Grundschulddarlehen von 8,5 Mio. € an 105 Darlehensnehmer ausgeführt. Das Ressort Wertpapier- und Darlehensverwaltung koordiniert die Liquiditätssteuerung des Versorgungswerkes. Zum Stichtag bestanden Festgeldanlagen in der außergewöhnlichen Höhe von 224,2 Mio. €, zurückzuführen auf die Auflösung eines Spezialfonds.

### Immobilien- und Liegenschaftsverwaltung

Verwaltet wird ein Immobilienbestand im Wert von 245,5 Mio. €. Grundstückserträgen in Höhe von 26,3 Mio. € stehen Betriebs- und Instandhaltungskosten für die verwalteten 65 Objekte in Höhe von 5,8 Mio. € gegenüber. Aufgaben sind die Objektbeschaffung und -verwaltung, letztere überwiegend unter Einschaltung von Fremdverwaltungen als Dienstleister. Schwerpunkt der Bestandspflege ist die Optimierung des Portfolios. Im Berichtsjahr wurden an Verträgen abgeschlossen: Erwerb einer Büroimmobilie in München mit ca. 4.000 m<sup>2</sup> (Mieter: BMW); 2 Objekte in Kassel und Bad Nauheim wurden veräußert. [Alle Zahlen Stand 31.12.2002]

Schriftliche Nachrichten und Unterlagen lassen Sie uns bitte zukommen an das

Versorgungswerk der Landesärztekammer Hessen  
Am Leonhardsbrunn 7

60487 Frankfurt am Main

Tel. Fax: 069/97964 -172/171

Email: [info@arztrente.de](mailto:info@arztrente.de)

Verantwortlich für den Inhalt: Klaus Selch